

ISSN 0940-8665

33. Jahrg./Dez. 97, DM 7,50

Nachbarschaftsheime,
Bürgerzentren, Soziale Arbeit,
Gemeinwesenarbeit

Rundbrief 297

- Erfahrungen
- Berichte
- Stellungnahmen



VERBAND FÜR
SOZIAL-KULTURELLE
ARBEIT e.V.

INHALTSVERZEICHNIS

- Statt Vorwort**
von Eva Becker _____ **S. 1**
- Festival der Nachbarschaften in Bremen**
von R. Jonas und J.F. Erpenbeck _____ **S. 2**
- Das Schlüsselwort heißt "Bürgerengagement"**
von Irmhild Müller _____ **S. 4**
- Begegnungsstätten als Stadtteilagenturen.**
Rahmenbedingungen und Handlungsansätze
von Dieter Oelschlägel _____ **S. 7**
- Ein PunkerINprojekt im Stadtteil Nordstadt
in Hannover**
von Joachim Romppel _____ **S. 11**
- Magazin** _____ **S. 16**
- Der Trägerverbund Wiesbaden -
Ein Kooperationsprojekt im Rahmen
der Jugendsozialarbeit**
von Michael Lechner _____ **S. 19**
- UMBRUCH. Seminarankündigung** _____ **S. 23**
- Welcome to St. Louis**
von Gudrun Israel _____ **S. 24**
- MORE. Member Organized Resource Exchange**
von Gudrun Israel _____ **S. 31**
- Service Civil International**
von Monika Preuß _____ **S. 35**
- Gemeinwesenprojekte und Nachbarschafts-
zentren in Finanznot**
von Gabriele Bingel _____ **S. 36**

Der RUND BRIEF wird herausgegeben vom
VERBAND FÜR SOZIAL-KULTURELLE ARBEIT E.V.
Slabystr. 11, 50735 Köln,
Tel 0221 / 760 69 59

Redaktion: Eva Becker
Gestaltung: Both Grafik

Der RUND BRIEF erscheint zweimal jährlich
Einzelheft: DM 9,50 incl. Versandkosten

ISSN 0940-8665

MEIN WUNSCH



Ich wünsche Dir Zeit, nicht alle möglichen Gaben.
Ich wünsche Dir das, was die meisten gerade nicht haben.

Ich wünsche Dir Zeit, Dich zu freuen und zu lachen,
und wenn Du sie nutzt, dann kannst Du sehr viel daraus machen.

Ich wünsche Dir Zeit, nicht zum Rennen und Hasten,
sondern die nötige Zeit zum Ruhen und Rasten.

Ich wünsche Dir Zeit, für Dein Tun und Dein Denken
ich wünsch' sie nicht nur für Dich selbst, sondern auch zum Verschenken.

Ich wünsche Dir Zeit, nicht nur so zum Vertreiben, nein
ich wünsche, sie möge reichlich übrigbleiben
als Zeit für das Staunen in dieser Welt
und Zeit für Vertrauen, das macht reicher als Geld.

Ich wünsche Dir Zeit, nach den Sternen zu greifen,
Visionen zu haben, zu wachsen, zu reifen.

Ich wünsche Dir Zeit, neu zu hoffen und zu lieben,
es macht wenig Sinn, diese Zeit zu verschieben.

Ich wünsche Dir Zeit, zu Dir selber zu finden,
und jeden Tag, jede Stunde als Glück zu empfinden.

Ich wünsche Dir Zeit, auch um Schuld zu vergeben.

Ich wünsche Dir:

Zeit zu haben zum Leben

Außerdem wünscht das Team des
Bundesverbandes in Köln allen
Leserinnen und Lesern,
allen Mitgliedern und denen, die
es noch werden wollen,
und allen sonstigen Interessierten
ein geruhames Weihnachtsfest
und
ein frohes und glückliches Neues
Jahr 1998!

Eva Becker

Marianne Bußmann

FESTIVAL

DER NACHBARSCHAFTEN IN BREMEN

von R. Jonas und J.F. Erpenbeck

Im Bürgerhaus Oslebshausen herrschte eine fröhlich ausgelassene Stimmung. Für drei Tage war das Haus am Wochenende vom 20. bis 22. Juni 1997 Tag und Nacht prall mit Leben erfüllt. Für 200 Gäste aus der Bundesrepublik sorgten hundert ehrenamtlich Aktive und Helfer. Das Festival war die größte Veranstaltung, die das Bürgerhaus in seiner 20jährigen Geschichte organisierte.

Ein anspruchsvolles Kulturprogramm gab es am Samstag und Sonntag mitzuerleben. Mit Unterstützung der Stadthalle Bremen bauten der 1. Vorsitzende Walter Pachernik und viele jugendliche Helfer zwei Tage an einer großen Bühne im Oslebshauser Spielpark.

Das **Street-Basket-Ballturnier** mit Mannschaften aus Potsdam, Jaenschwalde bei Cottbus und Bremen, mit Jugendlichen vielfältiger Nationen sorgte ab Samstag um 11 Uhr bis Sonntag für Spannung. Das Turnier gewann die Oslebshausener Mannschaft „Cashmoney Brothers“. Dennis Burmann begeisterte mit spektakulären Dunkings. Zur gleichen Mannschaft gehören Selamy, der den Dreipunkte-Wettbewerb und Björn Fenneberg, der den Korbleger-Wettbewerb gewann.



Beim „Spiel ohne Grenzen“ ist hier Puste gefragt

Alle Spieler nahmen tolle Preise mit nach Hause, Sponsoring der SPD Bremen machte diese möglich und die Kultur-Senatorin Bringfriede Kahrs überreichte sie zur Siegerehrung den Jugendlichen.

Die **„Mittsommernachts-Party“** als Höhepunkt des Festivals zog am Samstag trotz des ungemütlichen Wetters mehr als tausend Menschen an. Die Musikgruppe „Beat Magic“ ließ die kühlen Bremer Temperaturen schnell vergessen. Die Auftritte aus Einrichtungen der Nachbarschaft anderer Städte, der „Quäker Dance Power“ aus Köln, von Leecy“ aus Berlin, den Breakdancern aus Potsdam wurden mit Beifallsstürmen bedacht wie auch die Oslebshausener „Bourbon Five“ und „Die Kratzbürsten“.

Nachbarn aus Oslebshausen hatten das Festival der Nachbarschaft(en) verstanden. Die Musik der 60er und 70er Jahre holte sie aus ihren Wohnungen. Sie kamen zum Teil mit Freunden und Bekannten und feierten bis weit in die Nacht. Einige kamen am Sonntag zum Frühschoppen begeistert vom Abend und schlugen vor, häufiger ähnliche Veranstaltung im Park zu starten.

Das **„Spiel ohne Grenzen“** sorgte am Sonntag für Begeisterung bei den Mannschaften - groß und klein - jung und alt - und viel Gelächter bei den Zuschauern. Oma mit Enkeln, Eltern mit Kindern, insgesamt hundert Mannschaften bewältigten den Parcours.

Schiebkarren-Rennen, Sommerski in Verkleidung, Riesenknöpfe an Riesen-hosen annähen, Dosenwerfen, Luftballon-Rasieren, Hamburger-Wettlauf und andere Attraktionen wurden von einer Gruppe

vom DIFU Berlin wies im Kurzreferat auf „Konsequenzen veränderter Lebensentwürfe für sozial-kulturelle Angebote“ hin. In zwei Teilen diskutierten auf dem Podium kurz und knapp Praktiker und Theoretiker



miteinander. Dr. Doris Bollinger, Leiterin des Jugendhofes Steinkimmen, Monika Schneider, Vorsitzende Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. Köln, Dr. Thomas Röbbke, Institut für soziale und kulturelle Arbeit Nürnberg und Prof. Dr. Hermann Voesgen, Fachhochschule Potsdam, unter klarer und zeiteinteilender Moderation von Dr. Barbara Loer, Kulturbehörde Bremen.

Teilnehmer des Fachforums debattierten nach der Veranstaltung kontrovers und lange über Inhalte und Verlauf.

Die **Mitgliederversammlung des Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.** tagte am Samstagnachmittag bereits zum dritten Male in Bremen. Nach den formalen Vereinsgeschäften und der Tagesordnung diskutierten Mitglieder das „Bremer Fachforum“ und das „Festival der Nachbarschaften“.



des Oslebshäuser Bürgerhauses entworfen, vorbereitet und selbst gebaut. Neben kreativen und neugestalteten Spielideen konnten Kinder sich beim „Baumkaiser“ oder am Schminkestand der evangelischen Kirche Oslebshausen vergnügen.

Ein **Bremer Fachforum „Gemeinwesenarbeit und kulturelle Grundversorgung“** veranstaltete die Bremer Kulturbehörde am Samstagvormittag im Hotel Mercure.

Achtzig Fachleute von Freiburg bis Kiel kamen in die Hansestadt. Der Präsident des Bremer Senats und Bürgermeister Henning Scherf begrüßte die Teilnehmer, bestätigte die Unentbehrlichkeit von sozial-kulturellen Einrichtungen für ein lebendiges Gemeinwesen und war begeistert von der lebhaften Debatte.

Prof. Dr. Dieter Oelschlägel, Gesamthochschule Duisburg, führte zum ersten Teil der Debatte ein, mit einem kurzen „Überblick aktueller Trends in der sozial-kulturellen Arbeit.“ Dr. Albert Goeschel

Im Gespräch mit Birgit Weber, Geschäftsführerin aus Köln und Herbert Scherer, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes aus Berlin, erklärte die Bremer Kultursenatorin Bringfriede Kahrs: „Das Festival ist eine herausragende Veranstaltung. Selten habe ich eine solch fröhliche Stimmung und gute Laune erlebt. Das Klima zwischen den Generationen und Kulturen ist sichtbar erfreulich. Treffen der Nachbarschaft können das interkulturelle Zusammenleben fördern. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Veranstalter für die hervorragende Veranstaltung und Organisation.“

Den Dank überbrachten Birgit Weber und Herbert Scherer, Mitveranstalter der gesamten Veranstaltung, dem Organisationssteam für den ausgezeichneten Ablauf.

Birgit Weber: „Das Bürgerhaus Oslebshausen ist in der Bundesrepublik als eine Ausnahme der Nachbarschaftseinrichtungen anzusehen. Es ist faszinierend, zu beobachten, wie hier inter-generatives und inter-kulturelles Zusammenwirken funk-

tioniert, und zu erleben wieviele Menschen sich aktiv mit dem Bürgerhaus Oslebshausen identifizieren.“

Geschäftsführer Ralf Jonas: „Ein halbes Jahr intensiver Vorarbeit wurden mit dem Erfolg des Festivals belohnt. Die Veranstaltung konnte nur gelingen, weil sich viele aktive Menschen an den Vorbereitungen und der Durchführung beteiligten. Zur Überraschung aller haben sich fast hundert Helfer für die vielfältigen Aufgaben eingetragen. Ich bedanke mich bei den vielen Helfern, dem Vorstand und den MitarbeiterInnen des Bürgerhauses für ihren engagierten Einsatz.“

Die Idee war Franz Erpenbeck und Walter Pachernik auf dem Bundeskongress im Berlin im November 1995 gekommen. Mit dem Geschäftsführer beschlossen sie, 1997 - zum 20jährigen Bestehen des Bürgerhauses Oslebshausen - mit Menschen aus Einrichtungen zusammengeschlossen im Verband für sozial-kulturelle Arbeit diesen Anlaß und vor allem mit Aktivitäten von Jugendlichen zu feiern.

In den folgenden Monaten mußte die Frage der Durchführung mit den Aktiven aus dem Haus geklärt werden. Ohne ihre Beteiligung war das nicht zu schaffen. Wie sich zeigte, ist es hervorragend gelungen.

Das Aufräumen am Sonntagnachmittag ging offenbar leicht von der Hand. Innerhalb weniger Stunden war der Park fast wieder der alte. Gemeinsam wurden mehrere große Pizzableche gegessen und noch eine zeitlang miteinander über den vollen Erfolg des Festivals debattiert.

Mängel wurden in einer Dienstbesprechung besprochen, unter anderem Schwierigkeiten mit den Zelten und den Duschen, und die einigen fehlende Beschäftigungsmöglichkeit für Jugendliche außerhalb des „Programms“.

Vier Wochen später trafen sich im Bürgerhaus über fünfzig Helfer zum Frühstück und Austausch. Diese Veranstaltung wird in Erinnerung bleiben. Es ist gut, Gäste einzuladen, Freunde zu treffen und zu erfahren, was in anderen Nachbarschaften so „über die Bühne“ geht.

Gern hätten wir mehr Freunde der Nachbarschaft begrüßt ... Schade. Nun gut. Möglicherweise wird die Idee weitergetragen und Menschen aus Nachbarschaften treffen sich von Zeit zu Zeit in einer anderen Stadt zum „**Festival der Nachbarschaften**“.

DAS SCHLÜSSELWORT HEIßT "BÜRGERENGAGEMENT"

von Irmhild Müller

Fazit eines Praktikums

A. Thesen

B. Blick auf die aktuelle Problemlage

C. Zur Geschichte der Nachbarschaftsheime

D. Zur Philosophie, Arbeitsweise und Strukturen der Nachbarschaftsheime, im besonderen des Nachbarschaftsheimes Schöneberg e.V.

E. Grundsätze des Nachbarschaftsheimes Schöneberg e.V.

F. Schlußfolgerungen

G. Quellenangaben

A. Thesen

1. Nachbarschaftseinrichtungen können einen wichtigen Beitrag leisten, bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen und somit zu installieren, auf das eine Demokratie auf Dauer nicht verzichten kann.

2. Die freien Träger können flexibler als die öffentliche Hand arbeiten und sich somit den Anforderungen des jeweiligen sozialen Umfeldes besser anpassen. Sie können eine andere Personalpolitik betreiben, weil sie nicht dem Beamtenrecht unterliegen und sie sind räumlich und persönlich näher an den KlientInnen.

3. Die Nachbarschaftsheime konzentrieren sich in ihrer inhaltlichen Arbeit nicht nur auf soziale Randgruppen, sondern versuchen alle AnwohnerInnen anzusprechen und zu integrieren. Dadurch wirken sie einer Ghettoisierung entgegen.

4. Der integrative Ansatz der sozial-kulturellen Arbeit der Nachbarschaftsheime hat, im Gegensatz zur herkömmlichen Sozialarbeit, die auf bereits bestehende Problemlagen reagiert, einen eher präventiven Charakter.

B. Blick auf die aktuelle Problemlage

Wir leben in einer Zeit der Veränderungen. Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und dessen Wirkung auf die westlichen Demokratien, der Verlust des klaren Feindbildes, das Scheitern der politischen Utopien, die immer schärfer zu Tage tretenden Probleme in unseren westlichen demokratischen Gesellschaften etc., dies alles zieht eine allgemeine Verunsicherung nach sich. Ulrich Beck beschreibt es als allgemeine Auflösung aller - zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft - vermittelnden Strukturen.

Auf der einen Seite bedeutet dies Fortschritt, weil etwas Neues entstehen kann, auf der anderen Seite Zerfall der Strukturen, aber auch der gewachsenen traditionellen Werte. Unter Fortschritt wird mehr Freiheit für den einzelnen und auch mehr Freizeit verstanden. Aber die gewonnenen Freiräume für sich zu nutzen, ist oft mit Schwierigkeiten verbunden. Es fehlt an Vorbildern.

Die traditionellen Gruppen wie (Groß)Familie, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien können diese Vorbildfunktion nicht mehr wie früher erfüllen. Ihre Werte werden

in der heutigen Zeit mehr und mehr als überholt angesehen.

Dies läßt sich durch vorhandene Zahlen bestätigen: Bis zu 60% der Haushalte in den Großstädten sind Single-Haushalte. Die Kirchen wie die Gewerkschaften klagen über Mitgliederschwund. Neben den traditionellen Parteien konnten sich neue etablieren, und viele Menschen werden nicht Mitglied von Parteien, sondern von Bürgerinitiativen.

Das Abwenden von den traditionell vorbestimmten Lebenswegen bringt nicht nur Freiheiten mit sich, es beinhaltet auch mehr Einsamkeit, Isolation, Verunsicherung, Ängste für den einzelnen. Die Verbundenheit mit den anderen nimmt ab, die Gemeinschaft ist seltener erfahrbar auch aufgrund struktureller gesellschaftlicher Entwicklungen.

Das Miteinander ist nicht mehr alltäglich. Begegnungen mit anderen sind seltener geworden. Oft kennen sich die Nachbarn untereinander kaum noch, u.a. weil die Mobilität des einzelnen größer geworden ist: Man zieht öfter um. Familienfeiern sind z.B. seltener geworden. Die Gründe hierfür können sein, daß die Familienmitglieder weit auseinander wohnen, daß die Mitgliederzahl geringer geworden ist und/oder daß die Anlässe wie Hochzeiten, Taufen nicht mehr gegeben sind. Auch die religiösen Feiertage wie Weihnachten, Ostern werden nicht mehr unbedingt als Familientreffen veranstaltet, sondern vielmehr als Kurzurlaub genutzt. Die (Jugend)Gruppen der Parteien, Gewerkschaften und Kirchen werden seltener aufgesucht, weil sie nicht mehr als attraktiv empfunden werden.

Neben der geographischen Mobilität führt Michael Walzer die soziale Mobilität an. Kinder führen meist ein anderes Leben als ihre Eltern. Die Ehemobilität, die Scheidungsraten sowie die politische Mobilität nehmen immer mehr zu. Während die politischen Loyalitäten immer mehr abnehmen und sie somit ihre gemeinschaftsbildende Funktion immer mehr verlieren (Walzer 1994, in: Bürgerschaftliches Engagement).

Es werden also andere Orte, Zentren, Treffpunkte, Begegnungsstätten benötigt, die Möglichkeiten für den einzelnen bieten, mit anderen in Kontakt zu treten. Die Angebote dieser Begegnungsstätten sollten aber nicht nur auf reine Kontaktaufnahme bzw. das Zusammenkommen Gleichgesinnter reduziert sein, dies hieße cleveren Geschäftsleuten gleichzutun, die mit der Beziehungslosigkeit und Einsamkeit anderer Leute das schnelle Geld machen wollen.

Es sollten Treffpunkte sein, die neben entspannenden lustvollen Freizeitaktivitäten auch Angebote umfassen, die den Gemeinsinn, die Hilfsbereitschaft, das Verantwortungsgefühl und die Solidarität fördern. Dem Anspruch zum Wertewandel beizutragen kann damit gerecht werden.

C. Zur Geschichte der Nachbarschaftsheimarbeit

Der Beginn der Nachbarschaftsheimarbeit liegt in der Gründung der Toynbee Hall in London Ende des letzten Jahrhunderts. Der Pfarrer Samuel Barnett und sozial engagierte StudentInnen riefen diese Einrichtung ins Leben, um in der Zusammenarbeit und dem Zusammenleben mit den Arbeitern deren Elend zu bekämpfen.

In Berlin griff als erster die Idee der Nachbarschaftsheimarbeit und somit der Gemeinwesenarbeit der Pfarrer Siegmund Schultze auf. Er zog mit seiner Familie und Freunden in das Arbeiterquartier um den Ostbahnhof. 1911 gründete er die „soziale Arbeitsgemeinschaft Ost“. In Hamburg gab es bereits seit 1901 Volksbildungsheime. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland wurde diese soziale Bewegung durch ein Verbot dieser Einrichtungen unterbrochen.

Nach dem II. Weltkrieg brachten amerikanische Quäker die Idee der Nachbarschaftsheimarbeit nach Deutschland zurück. Ende der 40er Jahre wurden in Westberlin sechs Nachbarschaftsheimarbeit (in Schöneberg 1948/49) gegründet und fünf weitere in Westdeutschland. Von Anfang an wurde von internationaler Seite (Militärregierung, konfessionelle Gruppen) aus versucht, mit den nationalen Kräften (Frauengruppen, Nachbarschaftshilfe) zusammenzuarbeiten.

D. Zur Philosophie, Arbeitsweise und Strukturen der Nachbarschaftsheimarbeit, im besonderen des Nachbarschaftsheimarbeit Schöneberg e.V.

Nachbarschaftsheimarbeit, sie können auch Nachbarschaftszentren, Stadteilläden, Bürgerhäuser genannt werden, erleben in den letzten Jahren eine Renaissance. Betrachtet man die Entwicklung der Sozialarbeit in den letzten Jahren, ist dies nicht verwunderlich. Die Entwicklung geht von der fürsorgenden, versorgenden, bevormundenden sozialen Arbeit immer mehr hin zu partnerschaftlichen, ressourcenorientierten sozialen Arbeit. Einerseits hat dies mit der momenta-

Damit das Mögliche entsteht, muß immer wieder das Unmögliche versucht werden.

Hermann Hesse

nen Geldknappheit und der daraus folgenden allgemeinen Sparpolitik zu tun. Die Entwicklung aber nur unter diesem Aspekt zu sehen wäre verblendet, weil noch nie soviel Geld für soziale Leistungen in Deutschland ausgegeben wurde und trotzdem eine allgemeine Unzufriedenheit über die soziale Entwicklung des Landes vorherrscht.

Im Mittelpunkt des Konzepts der Nachbarschaftsheimarbeit steht die Bereicherung der Lebensqualität aller Anwohner, d.h. den Menschen des Einzugsgebietes soll geholfen werden, ihre Lebensumwelt nach ihren Wünschen und Möglichkeiten zu gestalten.

Nachbarschaftsheimarbeit sind Gemeinwesenarbeitseinrichtungen eines Stadtteils und sollten (bequem) zu Fuß erreichbar sein. Sie sind als gemeinnützige Vereine strukturiert, wodurch die Besucher gleichzeitig auch Vereinsmitglieder sein können. Das beinhaltet die Mitgestaltungsmöglichkeit der Arbeitsinhalte durch die Besucher, aber auch das Mittragen der Verantwortung für diese Arbeit. Dies dient gleichzeitig der Stärkung der demokratischen Strukturen.

Der Umgang zwischen MitarbeiterInnen und BesucherInnen beruht auf Partnerschaft und Respekt des einzelnen. Leider muß dies besonders hervorgehoben werden, da es nicht zur Normalität sozialer Einrichtungen gehört. Die Eigenständigkeit und Würde eines jeden Menschen anzuerkennen beinhaltet auch, ihn nicht (nur) als Opfer, sondern auch als Handelnden zu sehen. Unter diesem Aspekt wird von den MitarbeiterInnen verlangt, ihr Wissen und ihre Macht zu teilen und den BesucherInnen Vertrauen entgegenzubringen, damit diese ihre Fähigkeiten entfalten können. Das moderne Motto hierzu heißt empowerment = zum Handeln ermächtigen.

Von den Anfängen der Gemeinwesenar-

beit sind die Grundsätze des Zusammenwirkens erhalten geblieben, nicht aber in dem Sinne, die Besucher zu politischem Handeln zu aktivieren, um dadurch die Gesellschaft zu verändern. Dies wurde vor allem durch die 68er Bewegung propagiert. Viel mehr geht es heute darum, den Menschen zu helfen, ihr Lebensumfeld, ihren Stadtteil, ihr Stadtteilzentrum nach ihren Wünschen zu gestalten und Verantwortung dafür zu übernehmen. Dies geschieht durch Bereitstellen von (professioneller) Arbeitskraft, Räumlichkeiten, technischer Infrastruktur und dem Offenlegen der (Finanz)Politik.

Die AnwohnerInnen sollen die Nachbarschaftseinrichtungen als die ihrigen ansehen. Dadurch entsteht ein Gefühl von „Unser“ und „Wir“. Dies wiederum vermittelt ein Gefühl von Dazugehören, von Gemeinschaft, also Geborgenheit und Wärme. In unserer atomisierten, anonymen Großstadt ist dies genau das, was der einzelne in unserer Gesellschaft braucht, um sich nicht nur um sich selbst zu kümmern, sondern auch um den anderen.

E. Grundsätze des Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.

Die besonderen Grundsätze der Nachbarschaftsheim und des Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. haben sich im Laufe der Jahre/der Arbeit entwickelt; und es soll auch weiterhin so sein, daß die Arbeitsinhalte flexibel gestaltet werden, orientiert an den Bedürfnissen und Ansprüchen der AnwohnerInnen (vgl. Zinner 1988).

Das Nachbarschaftsheim arbeitet sowohl schicht- als auch generationsübergreifend. Es ist eine neutrale Begegnungsstätte in der sich Menschen unterschiedlicher Nationen, Konfessionen und Weltanschauungen treffen können. Es fördert das Zusammenleben behinderter und nicht behinderter Menschen durch Kurse und Veranstaltungen. Die Familien erhalten Unterstützung durch Angebote der Familienbildung und Familienerholung.

Die Bevölkerungsstruktur des Einzugsgebietes sollte sich in der Besucherschaft widerspiegeln. Das benachteiligte Gruppen in den Arbeitsinhalten mit besonderem Interesse bedacht werden, ändert nichts daran.

Eine weitere wesentliche Aufgabe ist die Förderung der Selbsthilfe, der gegenseitigen Hilfe und des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements. Dies geschieht durch das Bereitstellen von Räumlichkeiten, technischer Infrastruktur und evtl. geforderter professioneller Unterstützung.

Die Solidarität untereinander und das Übernehmen von Eigenverantwortung wird dadurch unterstützt. Dies gehört zu den Grundlagen eines demokratischen Sozialstaates und ist ein Beitrag zur qualitativen Neugestaltung unserer Gesellschaft. Unter diesem Aspekt ist auch die Förderung der Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil zu sehen, ebenso wie die Stärkung nachbarschaftlicher Beziehungen u.a. dadurch, daß das Nachbarschaftsheim Anlässe zu Begegnungen auch im öffentlichen Raum schafft, z.B. auf Stadtteilstesten.

Nachbarschaft soll (wieder) als sozialer Lebensraum genutzt werden. Das Nachbarschaftsheim stellt somit auch Räume zur eigenverantwortlichen Nutzung für Gruppen und Vereine zur Verfügung. Des weiteren erhalten die Anwohner in allen Fragen professionelle Beratung.

Der zweite Schwerpunkt der Nachbarschaftsheim ist neben der sozialen die kulturelle Arbeit. Es werden Veranstaltungen organisiert, die ein entspanntes Genießen zulassen. Es werden aber auch Interessierte unterstützt, die kulturelle Darbietungen mitgestalten wollen. Die Möglichkeit der kulturellen Selbstbetätigung wirkt dem Konsumverhalten unserer Gesellschaft entgegen.

Durch die Verbindung zwischen sozialer und kultureller Arbeit wird verhindert, die Einrichtung als ein Haus für soziale Randgruppen anzusehen, und somit eine Ghettoisierung vermieden. Die freundliche Atmosphäre, die (auch) durch die Gestaltung und Erhaltung der einzelnen Einrichtungen hergestellt wird, verstärkt noch diesen konzeptionellen Anspruch.

Das Nachbarschaftsheim hält Angebote sozialer Dienste bereit, die am Bedarf des Stadtteils orientiert sind und in Abstimmung mit anderen Trägern konzipiert werden, z.B. Sozialstationen und Kindertagesstätten. Nachbarschaftsheim sind im Gegensatz zur öffentlichen Hand flexibel und können je nach Bedarf ihre Angebote schneller ändern.

F. Schlußfolgerungen

Zusammenfassend vertrete ich die These, daß die Nachbarschaftsheim, besonders das Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V., durch ihr differenziertes Angebot an ALLE AnwohnerInnen sowohl in sozialer wie auch kultureller Hinsicht einen wichtigen Beitrag leisten, den aktuellen Problemen unserer Zeit entgegenzuwirken.

Die allgemeine Öffentlichkeit beschäftigt sich viel mit den Fragen: Wie geht es weiter

mit unserer Gesellschaft? Wie und kann überhaupt der Sozialstaat erhalten bleiben? Welche Wege können wir einschlagen um der zunehmenden Gewalt zu begegnen? Momentan scheint „Der Ruf nach der Obrigkeit“ (Spiegel 28/1997) besonders aktuell, und das Vorbild New York mit seinen rückläufigen Verbrechensraten bestätigt diese Meinung.

Untersuchungen, wie z.B. die Geislingen-Studie bestätigen die Auffassung, daß bei einem Großteil der Bürger die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement vorhanden ist.

Das Schlüsselwort heißt neben „bürgerschaftlichem Engagement“ auch „Bürgerkultur“. Dies zu fördern und zu unterstützen geht nur durch ein Zusammenwirken aller Kräfte, und die sozial-kulturelle Arbeit der Nachbarschaftsheim kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

G. Quellenangaben

Darnstädt, Thomas: Der Ruf nach mehr Obrigkeit. In: Der SPIEGEL 28/1997.

Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit (Hrsg.): Blätter der Wohlfahrtspflege, Gemeinwesenarbeit, März 1997.

Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan: Mehr Demokratie wagen. In: Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit (Hrsg.): Blätter der Wohlfahrtspflege, Stuttgart, September 1996.

Müller, C. Wolfgang: Wie Helfen zum Beruf wurde. Weinheim 1988.

Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. (Hrsg.): 40 Jahre Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.. Eine Festschrift 1948 - 1988, Berlin 1988.

Niefeld, Gundi: Sozial-kulturelle Arbeit im Wandel der Zeit. Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. (Hrsg.), Berlin 1995.

Ueltzhöffer, Jörg/Ascheberg, Carsten: Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen Studie, Stuttgart 1995.

Zinner, Georg: Sozialkulturelle Gemeinwesenarbeit. In: Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit (Hrsg.): Blätter der Wohlfahrtspflege. Stuttgart, Dezember 1988.

BEGEGNUNGSSTÄTTEN ALS STADTTEILAGENTUREN.

von Dieter Oelschlägel

Zwei Thesen vorweg: Ich habe bei der Vorbereitung auch einiges rückwärts gelesen bis hin zu den Settlements der Jahrhundertwende und halte es mit dem Propheten des alten Testaments: Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Wir haben schon so viel Wissen und Erfahrungen angesammelt - sie müßten nur immer wieder reaktiviert werden. Es ist mir wichtig, das zu sagen! Und ein anderes: Ich subsummiere - willkürlich - alle unterschiedlichen Einrichtungen in diesem Referat unter dem Begriff „Bürgerhäuser“.

1. Bürgerhäuser - ungenutzte Ressourcen?

Die Bürgerhäuser (Stadtteilzentren, Nachbarschaftsheime...) sind weithin unterschätzte und zumeist nicht optimal genutzte Ressourcen für den Stadtteil, in dem sie stehen.

Selbst dann, wenn sich in allen Räumen unterschiedliche Gruppen tummeln und zahlreiche Angebote gemacht werden, erfüllen sie oft eine Aufgabe nicht, die ich für ganz wichtig halte: Motor und Zentrum der Stadtteilentwicklung zu sein.

Was trägt das Bürgerhaus dazu bei, daß es sich lohnt, gerade im Stadtteil zu leben und zu bleiben? Oder ist es der Ort,

wohin man aus dem Stadtteil flieht? Sich wohlfühlen kann auch sich einrichten heißen.

2. Überlebt die soziale Stadt?

Ich halte diese Frage für ganz wichtig angesichts aktueller Entwicklungen: Das traditionelle in der BRD gewachsene Modell der Sozialstaatlichkeit kommt ins Wanken. Vor dem Hintergrund wachsender Probleme und Bedarfslagen in den Kommunen stellt sich mit Recht die Frage, die Hanesch u.a. als Titel ihres lesenswerten Buches gewählt haben: „Überlebt die soziale Stadt“? Als jemand, der dieses Überleben will, der an einem Anspruch sozialer Kommunalpolitik festhält, möchte ich von diesem Ausgangspunkt her die Handlungsansätze und Rahmenbedingungen von Bürgerhäusern betrachten.

3. Sozialräumliche Strategien

Die Zunahme sozialer Probleme hat einen Umdenkungsprozeß in Stadtentwicklung und Stadtpolitik mitbewirkt, der in seinen Wirkungen noch gar nicht eingeschätzt werden kann, nämlich eine erhöhte Aufmerksamkeit für sozialräumliche Strategien - zu denen auch GWA und stadtteilorientierte, nachbarschaftsbezogene sozialkulturelle Arbeit gehören.

In einem Symposium des Deutschen Institutes für Urbanistik im Jahre 1993 wurde dazu ausgeführt: „Kommunale Sozialpolitik denke und handle in der Regel gruppenbezogen, nicht raumbezogen. Die Kommunen drückten sich um die Anerkennung der Berücksichtigung räumlicher Einflüsse. Die räumliche Umwelt der einzelnen Bevölkerungsteile bleibe ausgeklammert. In dieser Hinsicht komme dem Stadtteil besondere Bedeutung zu“ (Mädling 1994,95).

Der Stadtteil, das Quartier wird zunehmend erkannt „als eine Ressource zur Lebensbewältigung“ (Herlyn u.a. 1991,21), - vor allem für sozial schwache Bevölkerungsgruppen - die analytisch weiter aufzuteilen ist in:

- Stadtteil als Chance der Existenzsicherung durch Arbeit
- Stadtteil als Ort des Wohnens
- Stadtteil als Ort sozialen Austauschs
- Stadtteil als Ort der Teilhabe an gesellschaftlichen Einrichtungen.

Eine von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingesetzte Expertenkommission „Freizeitpolitik“ stellt in einem Gutachten fest, daß eine Modernisierung staatlichen Handelns zwangsläufig in Richtung

quartiersbezogener Ansätze gehen muß (und Förderungsprogramme des Landes für benachteiligte Stadtteile tragen dem bereits Rechnung):

„Der Wohlfahrtsstaat mit seinen monetären Transfers und dem Aufbau spezialisierter Großorganisationen hat in der Vergangenheit für Rechtssicherheit und hohe Standards in der Leistungserfüllung gesorgt. Aber: Die neuen Aufgaben zur Verbesserung immaterieller und materieller individueller Problemlagen können durch hochspezialisierte Verwaltungen und Großinstitutionen und -verbände immer weniger gelöst werden. Wichtiger werden bürgernahe, ortsangepaßte, flexible und integrierte Konzepte kleinteiliger Art“ (Expertenkommission 1994,10).

4. GWA

Es wird wohl deutlich, daß von diesem Verständnis her eine sozialarbeiterische/stadtteilpolitische Intervention nötig ist, die den sozialen Raum - also das Verhältnis der Menschen in und zu ihrem Stadtteil - berücksichtigt. Eine solche Strategie haben wir seit Mitte der 60er Jahre mit der GWA oder auch der stadtteilbezogenen sozialen Arbeit, wie sie in Essen von Wolfgang Hinte genannt wurde. Obwohl wir inhaltlich nicht weit auseinander liegen, bevorzuge ich doch den Begriff Gemeinwesenarbeit, weil er signalisiert, daß es nicht nur um soziale, sondern auch um kulturelle, ökologische, planerische etc. Arbeit am Gemeinwesen und des Gemeinwesens geht.

Gemeinwesenarbeit ist eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner Bewohner, um seine Defizite aufzuheben.

Nach meinem Verständnis ist Gemeinwesenarbeit eine sozial-kulturelle Interventionsstrategie mit folgenden Merkmalen:

- Gemeinwesenarbeit erkennt, erklärt und bearbeitet, soweit das möglich ist, die sozialen Probleme in ihrer historischen und gesellschaftlichen Dimension; zu diesem Zweck werden Theorien integriert, die aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen stammen (Sozialwissenschaften, Politische Ökonomie, Kritische Pädagogik ...). Dies macht auch sorgfältige Analysen not-

wendig (Stadtteilgeschichte, Stadtteilanalyse, Geschichte sozialer Probleme im regionalen Kontext etc.). Dies wendet sich historisch gegen bestimmte Formen der Einzelhilfe in der Sozialarbeit.

- Gemeinwesenarbeit gibt aufgrund dieser Erkenntnisse die Aufsplitterung in methodische Bereiche auf und integriert Methoden der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, der Sozialforschung und des politischen Handelns in Strategien professionellen Handelns in sozialen Feldern. Dies wendet sich gegen die Position, Gemeinwesenarbeit als „Dritte Methode“ der Sozialarbeit zu sehen. Insoweit gibt es auch nicht die GWA, sondern viele verschiedene Möglichkeiten.

- Mit ihren Analysen und Strategien bezieht sich Gemeinwesenarbeit auf ein „Gemeinwesen“, d.h. auf den Ort (und das ist zumeist eine sozialräumliche Einheit: Quartier, Institution...), wo die Menschen samt ihren Problemen aufzufinden sind. Wesentlich ist dabei die ganzheitliche Betrachtungsweise. Es geht um die Lebensverhältnisse, Lebensformen- und Zusammenhänge der Menschen, auch so, wie diese selbst sie sehen (Lebensweltorientierung). So greift Gemeinwesenarbeit nicht nur ein, meist noch von außen definiertes, Pro Prinzip her um alle Probleme, die von den Menschen im Quartier selbst für wichtig gehalten werden.

Gemeinwesenarbeit möchte aus Quartieren handelnde Gemeinwesen machen; sie möchte das Gemeinwesen, die Lebenswelt verändern, so daß Menschen dadurch handlungsfähiger werden; sie möchte gleichzeitig Menschen handlungsfähiger machen, ermutigen, unterstützen, damit diese ihre Lebenswelt verändern können. Damit ist Gemeinwesenarbeit mehr als „Stadtteilorientierte“ Arbeit. Stadtteilorientierte Arbeit sieht ihren zentralen Aspekt in der Öffnung einer Institution zum Stadtteil hin, um deren Arbeit effektiver zu machen, z.B. Öffnung der Schule, Dezentralisierung sozialer Dienste, stadtteilorientierte Volkshochschularbeit.

- Gemeinwesenarbeit sieht ihren zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt. Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen. Dazu sollen sie vor allem in gemeinsamen Aktionen der Problembearbeitung bis hin zum Widerstand Kompetenzerfahrungen machen.

5. Bürgerhäuser

Dieses Konzept der Gemeinwesenarbeit sehe ich als eine Alternative zu einer reinen Angebotspolitik vieler Bürgerhäuser, die eine Mischung von Stadtteilvolkshochschule und Stadtteilkneipe sind, aber auch zu solchen Zentren, die im Zentrum ihrer Arbeit soziale Dienstleistungen haben. Eine Begegnungsstätte, die - vielleicht unter dem Druck der Verhältnisse - lediglich soziale Arbeit leistet - so nötig das ist - hat m.E. ihre Aufgabe verfehlt.

Ich möchte aus der Vielfalt der Aufgaben heute nur drei auswählen, die das verdeutlichen sollen, was ich mir vorstelle:

- Stadtteilanalyse
- Stadtteilmanagement und Projektentwicklung
- Gemeinwesenökonomie

Stadtteilanalyse

Das ist ja nun eine Binsenwahrheit, daß eine Analyse des Sozialraumes Voraussetzung für Entwicklungsstrategien ist. Allerdings erleben wir sehr oft, daß solche Analysen im Sammeln sozialstruktureller Daten, im sorgfältigen Auflisten von Infrastrukturangeboten etc. stecken bleiben und dann die klassischen Datenfriedhöfe liefern, die zwar zur Legitimation des eigenen Handelns vortrefflich herangezogen werden können, aber für angemessene Strategien wenig hergeben.

Leider reicht die Zeit hier nicht, um ein Konzept einer handlungsleitenden Stadtteilanalyse zur Diskussion zu stellen. Lediglich ein paar Stichpunkte können genannt werden:

Zu fragen ist beispielsweise, welche Ressourcen und Behinderungen der Stadtteil für die Entfaltung menschlicher Handlungspotentiale bereithält. Das Vorhandensein beispielsweise eines Schützenvereins, eines Sportvereins und des Sängerbunds sagt noch nichts aus. Wichtig ist, wer dort schießt, turnt und singt, ob dieser Verein Ausgrenzungsprozesse im Stadtteil befördert oder ob er ein integrierender Faktor ist.

Zu fragen ist beispielsweise - wie wir es in Bruckhausen gemacht haben - nach quartierstypischen Bewältigungsformen von Armut und Arbeitslosigkeit.

Hierhin gehört auch eine systematische und unvoreingenommene Untersuchung der eigenen Einrichtung in ihrem Verhältnis zum Stadtteil. Albrecht Goeschel u.a. haben in

einer Studie soziokultureller Einrichtungen in den alten und neuen Bundesländern herausgefunden, daß solche Einrichtungen eine hohe Selektivität, bezogen auf die Bewohner, aufweisen. In keiner der Einrichtungen stellte sich eine Besucherzusammensetzung ein, die der Bevölkerungsstruktur des Stadtteils entsprochen hätte (Ist das „Haus für alle“ eine Ideologie?). Bestimmte Milieus eignen sich solche Einrichtungen an - oft in Korrespondenz mit den Lebensstilen der Mitarbeiter. Ein Fazit der Untersuchung ist: Es stellen sich „nennenswerte Besucheranteile einer Einrichtung aus dem Stadtteil, in dem die Einrichtung liegt, nur dann ein, wenn Angebot und Programm der Einrichtung den kulturellen Orientierungen der Bevölkerung entsprechen, die im Umfeld lebt“. Obwohl auch dort noch eine Selektion z.B. nach Altersgruppen oder nach Angehörigen des „Harmoniemilieus“ festzustellen war. Das verweist natürlich auf qualitative lebensweltliche Untersuchungen.

Eine solche Stadtteilanalyse kann durchaus mit für Mitarbeiter einer Einrichtung praktikablen Methoden und unter Beteiligung der Stadtteilbewohner durchgeführt werden. Es bedarf vor allem des Mutes zum systematischen Sammeln. Das Alltagswissen der Professionellen - „ich weiß doch was in meinem Stadtteil los ist“ - ist sicher bedeutsam und wichtig, aber es bedarf der systematischen Ergänzung und Überprüfung.

Stadtteilmanagement und Projektentwicklung

Stadtteilpolitik und Stadtteilentwicklung funktionieren nur mit veränderungsbereiten Akteuren. In jedem Stadtteil gibt es formelle und informelle Gruppierung, die dazu zählen oder dazu gemacht werden können: „Ob als Hausgemeinschaft oder Kneipengruppe, als Sportclub oder Freizeitclique, als Frauentreff oder Schrebergartenfreunde, als Mädchentreff oder Discogruppe, als islamische Gemeinde oder Nachbarschaftsverein...“. Sie gilt es für die Quartiersentwicklung zu gewinnen. Erstrebenswert ist nicht der „Daueraktive“, sondern ein Netz zu entwickeln, das zu wichtigen Anlässen mobilisierbar ist.

Diese Akteure haben unterschiedliche Interessen, sprechen unterschiedliche Sprachen, agieren in wechselnden Koalitionen, haben Konflikte mit- und untereinander. Das setzt „Brückeninstanzen“ voraus, die vermittelnde Funktionen übernehmen können, die 'übersetzen' können, die neue Diskussions-

und Kooperationsformen entwickeln und erproben. Sie können zwischen Verwaltungsrationalität und Stadtteilrealität Dolmetscher sein.

Die Rolle des Bürgerhauses - so wie ich sie in einem GWA-Konzept sehe - ist die einer solchen Brückeninstanz. Durch seine Präsenz vor Ort und seine Nähe zu den Bewohnern einerseits und durch die in ihm gesammelte Professionalität und Fachlichkeit andererseits können hier Entwicklungsprozesse im Stadtteil initiiert und moderiert werden. Hartmut Fritz und Reinhard Thies - erfahrene Profis in der Arbeit in hessischen sozialen Brennpunkten - formulieren: „Die Gemeinwesenarbeit ist also nicht primär Sprachrohr der BürgerInnen, sondern vielmehr ein Unterstützungssystem für die Formulierung von Betroffeneninteressen. Sie ist nicht Ausführungsorgan der Verwaltung, sondern lediglich Hilfsinstrument, um die Planung, Entwicklung und Gestaltung von Maßnahmen transparenter, bürgernäher und effektiver zu gestalten“.

Ein wesentlicher Aspekt eines solchen Stadtteilengagements besteht in der Zusammenfassung und Vernetzung der verschiedenen Träger der kulturellen und sozialen Arbeit, der kommunalen Verwaltung, von Vereinen und Initiativen, nicht zuletzt der lokalen Wirtschaft... Dies hier nur der Vollständigkeit halber, denn darüber ist ausreichend gesprochen und geschrieben worden, Modelle von Stadtteilkonferenzen sind als ein wichtiges Element vorgestellt und diskutiert worden. Wichtig dabei ist vor allem die Akzeptanz bei den lokalen Akteuren und Kontinuität.

Auf einen letzten Punkt in diesem Zusammenhang möchte ich noch kurz hinweisen: eine so verstandene Bürgerhausarbeit versteht sich auch als stadtteilbezogene Instanz zur Projektentwicklung. Sie initiiert gemeinschaftliche Aktivitäten, schafft ggf. organisatorische Voraussetzungen (Räume, Logistik) und unterstützt die Akteure bei der Selbstorganisation von Kulturveranstaltungen, Stadtteilsten, Vereinsgründungen, Bau von Spielplätzen....

Ein wichtiges „Nebenprodukt“ ist, daß die Menschen dabei auch politisch lernen und durch aktives Wahrnehmen ihrer Interessen, durch Durchsetzungs- und Kompromißerfahrungen ihre Handlungskompetenz und -spielräume erweitern.

Gemeinwesenökonomie

Es ist eine Erfahrung in allen Projekten, die ich kenne, daß Menschen, die aus dem Arbeitsprozeß herausfallen, auf ihre Lebenswelt, ihr Quartier verwiesen werden, nicht selten als zusätzliche Ressource zur Existenzsicherung (soziale Netze, informelle Kreditsysteme, Schwarzarbeit, Nutzgärten..) aber auch hinsichtlich ihrer Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben. Andererseits wächst gerade in armen Stadtteilen der Bedarf an zu leistender Arbeit in den Bereichen der Infrastrukturgestaltung (Renovieren von Wohnungen bis zur Gestaltung von Mietergärten) und der sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Kinderbetreuung, Altersversorgung und Krankenpflege...

Gemeinwesenökonomie führt diese beiden Stränge zusammen, sie verknüpft den örtlichen Bedarf mit den Ressourcen des Gemeinwesens. Es gibt inzwischen - auch international - eine Vielzahl solcher basisökonomischen Ansätze, „denen gemeinsam ist, daß sie aus der Not geboren, von der Nutzung der Arbeits- und Gestaltungskraft der Menschen in den Gemeinwesen als der entscheidenden und oft einzigen sozialproduktiven Ressource ausgehen und Grundbedürfnisse in den Nahräumen decken“. Ob es die „Quartiersunternehmungen“ in französischen Großsiedlungen sind (Lang 1993/-198) oder Tauschringe und Talentbörsen (vgl. Seniorengenossenschaften in Baden-Württemberg) oder genossenschaftlich organisierte Wohnmodelle wie in Trier - es gibt zahlreiche Beispiele.

Bürgerhäuser als Agenturen der Stadtteilentwicklung können hier eine wichtige Rolle spielen. Sie können der Ort sein - und es braucht einen solchen Ort - wo Ideen entwickelt, Projekte geplant und Ressourcen gebündelt werden. Die Entwicklung selbstorganisierter ökonomischer Ansätze im Gemeinwesen bedarf der Ermutigung, der Beratung, manchmal auch der Logistik und Veröffentlichung und vor allem der Einbindung in den Prozeß der Stadtteilentwicklung.

6. Rahmenbedingungen

Zum Schluß noch einige Stichworte zu den Rahmenbedingungen einer solchen Bürgerhausarbeit. Die Vielfalt dieser Einrichtungen ist allerdings so groß, daß man dazu kaum etwas Generalisierendes sagen kann.

Eine Rahmenbedingung für das Gelingen eines solchen Konzeptes ist sicherlich die „niedrige Schwelle“ eines Bürgerhaus-

ses. Das beginnt bei der Lage, der Ausstattung, dem Erscheinungsbild - es muß den Menschen leichtfallen, einfach mal reinzuschauen und dann auch drinzubleiben, d.h. nicht gleich pädagogisch oder werbemäßig bearbeitet zu werden.

Dabei will ich nur erwähnen, daß in Armutsstadteilen - das belegen unsere von vielen KollegInnen aus anderen Projekten bestätigten Untersuchungen - die Mobilität der Menschen sehr gering ist (250 m Radius). Dieser Sachverhalt spricht dort für kleine, wohnortnahe Einrichtungen (Nachbarschaftsläden).

Auch die Vielfalt dessen, was in einer solchen Einrichtung geschieht, kann die Schwelle senken, denn es haftet ihr dann nicht der Geruch von Hilfsbedürftigkeit und Unterprivilegierung (oder im Gegenteil der des Musentempels) an.

Skeptisch beurteile ich Konzepte bezogen auf Niedrigschwelligkeit und Akzeptanz, die versuchen, dezentrale städtische Ämter und Begegnungsstätte in einem Gebäude zu vereinen.

- Eine wichtige Rahmenbedingung ist die Trägerschaft. Sie muß auf langfristige Tragfähigkeit und größtmögliche Handlungsspielräume hin ausgerichtet sein. Die Spielräume der Einrichtung dürfen weder durch einseitige Trägerinteressen noch durch starre rechtliche oder verwaltungsmäßige Strukturen eingengt werden.

Dafür sind unterschiedliche Trägermodelle denkbar:

- das Modell eines Trägerversands - mehrere Akteure bilden eine Trägergemeinschaft
- das Modell eines Vereins der Nutzer und Förderer, das große Nähe zur Selbstorganisation hat
- ein freier Träger wird mit Leistungsvertrag an die Kommune gebunden.

Häuser in kommunaler Trägerschaft müßten mindestens aus den Ressort- und Hierarchiezusammenhängen herausgenommen und eine eigene Einheit (mit Budgetierung, Personal- und Entscheidungskompetenzen) werden.

Auf jeden Fall sollte sich ein Bürgerhaus ein tragfähiges Unterstützungsnetzwerk im Stadtteil aufbauen. Es wird es brauchen können.

- Denn ein immer wieder genanntes Hindernis für gemeinwesenorientiertes Arbeiten sind Bedingungen, die in der Struktur öffentlicher Verwaltungen liegen - unabhängig davon, ob die Verwaltung Träger der Einrichtung ist oder nicht. Das Ressort- und Sektordenken - insbesondere die so strukturierte Finanzierung - sind ein Haupthindernis integrierter Problemlösungsstrategien im Stadtteil, wie GWA eine ist. Oder wie Wolfgang Hinte formuliert: „Die Krise fängt in den öffentlichen Köpfen an, nicht erst in den öffentlichen Kassen“.

Ob die vielgepriesene Verwaltungsmodernisierung, die ja eher aus dem Blickwinkel der Kämmerer vorangetrieben wird, uns da einen Schritt vorwärts bringt, beurteile ich eher skeptisch. Dennoch sollte man sie strategisch nutzen.

- Schließlich liegt eine letzte Rahmenbedingung in den Menschen, die im Bürgerhaus arbeiten. Sie müssen eine spezifische Professionalität aufweisen, die auch nicht einer bestimmten Berufsgruppe - auch den Sozialarbeitern nicht! - zugeordnet werden kann.

Ich nenne nur ein paar Merkmale:

- sozialräumliche Kundigkeit d.h. die empirisch gewonnene differenzierte Kenntnis des Stadtteils, seiner Binnenstrukturen und Milieus, der besonderen Machtstrukturen und Interessenlagen innerhalb der Bewohner, der stadtteilspezifischen Lebensweisen...

- ein modifiziertes Rollenverständnis: vom parteilichen Partner (Sprachrohr) einzelner Bewohnergruppen zum Vermittler und Moderator für Entscheidungsprozesse innerhalb des Stadtteils - was Parteilichkeit nicht ausschließt -, und speziell für Sozialarbeiter: von einer curativen zu einer solidarischen Professionalität, oder mit anderen Worten: von der Für-Sorge über die Mit-Sorge zur Selbst-Sorge- und schließlich muß ein solcher Professioneller auf der Bühne des Stadtteils mitspielen können, d.h. mit Verstehen und Respekt die Lebensweisen im Stadtteil erkennen und unterstützen und bereit sein, eigene Vorurteile (z.B. über Schwarzarbeit und Schützenvereine) und Werthaltungen zu hinterfragen.

Ich habe aus der Fülle der Gedanken leider kein theoretisch und praktisch stimmiges Konzept entwickeln können, ich habe auch nicht auf die diffizilen Probleme bei der Umsetzung eingehen können, ich hoffe aber dennoch, daß sich Anregungen für die Praxis der Bürgerhäuser finden lassen.

**„Das habe ich getan“, sagt mein Gedächtnis.
„Das kann ich nicht getan haben“, sagt mein Stolz und bleibt unerbitterlich.
Schließlich - gibt das Gedächtnis nach.**

Nietzsche. Jenseits von Gut und Böse, II. Hauptstück. S. 68

Ein PunkerInnenprojekt

von Joachim Rempel, Dipl. Sozialarbeiter, Jahrg. 1954, ist hauptberuflich tätig bei der Stadt Hannover in der Gemeinwesenarbeit Nordstadt

im Stadtteil Nordstadt in Hannover

Bundesweite PunkerInnentreffen

Seit 1982 jeweils zum ersten Augustwochenende gibt es in Hannover PunkerInnen-treffen. Die Treffen finden zeitgleich mit einem verkaufsoffenen Samstag innerhalb des Sommerschlußverkaufs und dem gut besuchten Maschseefest statt. Kreative Spaßaktionen und Provokationen gegen konsumierende Spieß- und NormalbürgerInnen standen in den ersten Jahren im Mittelpunkt. Die bundesweiten Treffen von 500 bis 1000 Punks mit Bier, Musik und Pogo führten regelmäßig zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, begleitet von ausführlicher Berichterstattung der Medien. Anfangs waren die Treffen auch ein Protest gegen eine 1984 von der Niedersächsischen Polizei eingeführte PunkerIn-Datei. In den letzten Jahren, besonders 1994 und 1995, sind die Treffen zu den „Chaos-Tagen“ geworden, geprägt u.a. durch Aufrufe zu gezielten Provokationen mit einer Vielzahl von Gewalteskationen. Es versammelten sich bis zu 3000 PunkerInnen, begleitet von massiver Polizeipräsenz und einem Medienrummel im Sommerloch. 1996 wurden durch ein Versammlungsverbot zum ersten Augustwochenende

mit begleitenden Polizeimaßnahmen sowie einer Präsenz von ca. 6000 Polizeikräften die Chaostage verhindert. 1997 trafen sich nur kleine Gruppen von PunkerInnen, wie es in den Sommermonaten vor dem Bahnhof üblich ist. Die Polizei hielt etwa 3000 Kräfte in Bereitschaft.

Der Treffpunkt vor der Lutherkirche

Zusätzlich zu den Treppenstufen vor dem Hauptbahnhof hat sich auch in der Nordstadt ein Treffpunkt der PunkerInnen entwickelt, der Platz vor der Lutherkirche. Vor dem großen Portal der etwa 100-jährigen Kirche treffen sich täglich nachmittags bis abends Jugendliche und junge Erwachsene, die der Punkszene nahestehen. Versammlungen von 20 bis 30 Leuten und 10 bis 15 Hunden sind keine Seltenheit. Von den Stufen aus gibt es einen guten Überblick auf eine Kreuzung von 5 Straßen, da ist sozusagen das Zentrum des Stadtteils. Es wird Bier getrunken, laut geredet, gestritten, Musik gehört. Tagsüber wird der nahegelegene Kiosk aufgesucht oder vor der Post und vor

„Penny“ um Geld geschnorrt. In den Sommermonaten wird der Platz zusätzlich von auswärtigen Punks belebt.

Die AnwohnerInnen sind davon nicht begeistert und versuchen PolitikerInnen, Stadtverwaltung und Kirchengemeinde unter Druck zu setzen, um diese Gruppe von dem Platz zu vertreiben. Die Polizei kann nur in Ausnahmefällen regelnd eingreifen. Die jungen Leute sitzen überwiegend auf dem Gelände der Kirchengemeinde. Diese hat mangels Einfriedung keine Möglichkeit das Hausrecht auszuüben. Der Platz wird von der Kirchengemeinde als Eingang für sonntägliche Gottesdienste, Trauungen und Taufen benutzt. Darüber hinaus werden dort gelegentlich Kinderfeste und der jährliche Weihnachtsmarkt veranstaltet. Die älteren BewohnerInnen sagen, der Platz soll sauber aussehen, ohne Bierdosen, Schnapsflaschen und Unrat. Vorschläge für andere Nutzungen sind selten zu hören.

Hatte man in der Vergangenheit mit Gesprächen, Ermahnungen, Drohungen versucht auf die Gruppe einzuwirken, ist im Kirchenvorstand die Hoffnung auf Verände-

rung ohne Sanktionen kaum mehr vorhanden. Es soll ein Zaun gezogen und mit Anzeigen reagiert werden.

Für viele NordstädterInnen ist die Bedeutung, die der Platz für die jungen Leute hat, nicht einsichtig. Er erfüllt eine wichtige kommunikative und soziale Funktion. Man trifft sich hier, findet GesprächspartnerInnen unter Gleichgesinnten, es werden Verabredungen getroffen, Informationen ausgetauscht und gegenseitige Unterstützung organisiert.

Die PunkerInnen sollen weg - die PunkerInnen sollen bleiben

„In unserem Stadtteil vertreiben wir die PunkerInnen von zentralen Treffpunkten“, sagt ein Bezirksratspolitiker eines anderen Stadtteils, „aber bei uns sind es jeweils nur wenige“. Genau dieses Vorgehen wird aus vielen Kleinstädten Niedersachsens berichtet. Viele PolitikerInnen und BewohnerInnen wollen das Thema am liebsten verdrängen, „die sollen hier weg und fertig, da muß die Polizei einschreiten“. „Ich will nach den Chaostagen nicht mehr drüber diskutieren“, erklärt eine Anwohnerin und beschwert sich beim Oberbürgermeister. Das sind die genervten Stimmen. Andere sehen, daß nicht alle PunkerInnen für den Ärger verantwortlich sind und daß es in einer lockeren Gruppe schwer fällt, mäßigend aufeinander einzuwirken, besonders dann, wenn Leute erst seit kurzem von außerhalb dazugekommen sind oder sie unter Alkoholeinfluß keine Kontrolle mehr über sich haben. Diese BewohnerInnen fordern konkrete Projekte zur Stabilisierung der Gruppe und setzen auf Dialog.

Nicht erst seit den Chaostagen 94/95 gibt es im Stadtteil eine rege Diskussion darüber, wie auf die PunkerInnen reagiert werden soll. Doch seit einigen Monaten gibt es Gespräche in einem „Sozialforum“ unter Fachleuten der sozialen Arbeit. Dort wird auch ein Konzept erarbeitet, mit dem unter PolitikerInnen, in Verwaltung und kirchlichen Gremien für konkrete Projekte geworben wird. Zwischen dem Pastor, MitarbeiterInnen der Kirchengemeinde sowie dem KirchenkreissozialarbeiterInnen und einigen Leuten dieser Gruppe kommen regelmäßige Gespräche in Gang. Es wurden mit den PunkerInnen Absprachen über die Beseitigung des Mülls getroffen, die jedoch nicht immer eingehalten werden, auch wenn der Kirchenvorstand eher die Lösung mit einem Zaun favorisiert.

Exkurs:

Der Stadtteil und seine BewohnerInnen

Die Nordstadt ist ein citynaher Stadtteil mit ca. 18.000 EinwohnerInnen. Die Nordstadt gilt als gewachsener Stadtteil. Die räumlichen Grenzen werden gebildet von den Gleisen der Bahn mit Güterbahnhof sowie von zwei Hauptverkehrsachsen mit Stadtbahnlinien. Die Nordstadt war eines der ersten Arbeiterquartiere von Hannover. Industriebetriebe und kleine Handwerksbetriebe prägten die Nordstadt ebenso, wie die Universität mit studentisch orientierter Kneipenszene und Geschäften an den Hauptverkehrsachsen. Dies bildete die Grundlage für die Nordstädter Mischung der Bewohnerschaft zu der ArbeiterInnen, Angestellte, HandwerkerInnen, Geschäftsleute, AkademikerInnen zählen.

In die vernachlässigten Wohnquartiere in der Nähe der Fabriken zogen in den 70er Jahren verstärkt MigrantInnen und StudentInnen. Die Mieten waren relativ niedrig. Der Zustand und die Ausstattung der Wohnungen waren denkbar schlecht. Noch

In der Nordstadt hat sich eine alternative Szene herausgebildet, die mit besonderen Wohnprojekten, eigenen Treffpunkten ihren Lebenshaltungen Ausdruck verleiht. Die Nordstadt zählt annähernd 100 Projekte, Institutionen und Vereine die soziale, politische und kulturelle Arbeit leisten und Themen des Stadtteils und darüber hinaus aufgreifen. In der Vergangenheit wurden brisante Themen von jungen Leuten in den Stadtteil mit politischem Nachdruck angegangen und Lösungen verlangt. So wurde z. B. wiederholt durch Besetzungen von leerstehenden Wohngebäuden oder Industriebrachen eine gemeinnützige Verwendung von öffentlichen Flächen eingeklagt. Ständiges Thema ist der Erhalt von Nischen für Randgruppen, die nicht aus dem Stadtteil verdrängt werden sollen. Auch hier gibt es eine Tradition des konflikthaften, aber toleranten Nebeneinanders. Jede Gruppierung im Stadtteil hat, z.T. nach längeren Auseinandersetzungen, ihren Platz oder ihren Treffpunkt erhalten, der von anderen Gruppen im Stadtteil akzeptiert wird. Der Stadtteil ist auch deshalb für junge Leute ein Anziehungspunkt.

Beim Mauern



heute werden Wohnungen mit niedrigem Standard z.B. an ausländische Familien oder PunkerInnen vermietet, die auf dem Wohnungsmarkt schwer etwas anderes finden würden. Die Sanierung begann 1985 und hatte die Modernisierung von Wohnhäusern, die Schaffung von zusätzlichen Grünzonen und Plätzen, sowie die Umsiedlung der Industrie und Gewerbebetriebe bzw. die Umnutzung der Industriebrachen zum Ziel.

Das allgemeine Bild vom Punk stellt den Zugang zum Dialog

Allgemein gelten die jungen Leute vor der Lutherkirche als Punks. „Punk“ entstammt als Bezeichnung aus den ehemaligen Industriestädten Englands und bedeutet Müll. Die Punkkultur am Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre war verbunden mit Protest und Ablehnung der vorherrschenden Lebensformen. Dies war u.a. eine Reaktion

auf die Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit und der Tatsache, daß nicht alle (jungen!) Leute Erwerbsarbeit erhalten. Inzwischen sind bunte Haare auch bei Älteren beliebt und zur Mode geworden, ebenso wie Ohr- und Nasenringe oder als zerrissen gestylte Kleidung aus Designerateliers.

Die heutigen Punks sind weniger politisch orientiert und suchen eher den Zusammenhalt Gleichgesinnter über zentrale Treffpunkte und oft über gemeinsamen Alkoholkonsum. Es verbindet sie die Erfahrung AußenseiterInnen der Gesellschaft zu sein und wenig Chancen zu haben, in der Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft mithalten bzw. mithalten zu wollen. In der Jugendpflege gehören sie zu den AußenseiterInnen, mit denen kaum einer gern arbeiten will. Ihre aggressive Verweigerung und radikale Ablehnung der Gesellschaft passen nicht gut zu den Konzepten der Jugend-, Jugendverbands- oder Jugendzentrumsarbeit. Nicht nur hier, auch innerhalb der Verwaltung und der Politik wird die Perspektivlosigkeit und die Folgen, die das Leben vieler heutiger Punks bestimmt, nicht verstanden und wird ihnen als Verschulden vorgehalten.

Ein Arbeitskreis entwickelt Vorschläge und setzt sie um

Der Arbeitskreis wurde im Mai 1996 aus der Stadtteilrunde „Sozialforum“ heraus gegründet, um Handlungskonzepte zur Arbeit mit randständigen jungen Erwachsenen, den sogenannten Punks vor der Lutherkirche, zu entwickeln und umzusetzen.

Dazu erfolgten:

- Austausch über die bisherigen Erfahrungen mit Punkern
- Annäherung und Kontaktaufnahme zur Szene
- Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur weiteren Arbeit
- Gegenseitige Unterstützung bei der Umsetzung in den jeweiligen Bereichen
- Information über und Werbung für Projekte bei Verwaltung und Politik

Im Arbeitskreis arbeiten regelmäßig mit: Kirchenkreissozialarbeit des Diakonischen Werks/ Stadtverband, Ev. Lutherkirchengemeinde, Gesundheitsladen e.V., Jugendschutz, Kommunalen Sozialdienst und Gemeinwesenarbeit.

Der Arbeitskreis informierte sich zuerst über „die Nordstädter Punks“, nahm Kontakt auf und entwickelte eine differenzierte

re Sichtweise. Durch öffentliche politische Debatten im Zusammenhang mit den Chaostagen, durch die begleitenden Medienkampagnen war das Bild von den Punks einseitig von Gewalt gezeichnet und verstellte den Zugang zu anderen Sichtweisen und entsprechend zu Handlungsmöglichkeiten. Jugendliche und junge Erwachsene werden wegen ihres Aussehens als Punks behandelt, die „kein bürgerliches Leben führen wollen“ und „überwiegend die pädagogische Einflußnahme durch SozialarbeiterInnen“ ablehnen, wie der Sozialdezernent noch im Mai 1996 erklärte. Ein Dreivierteljahr nach den berüchtigten Chaostagen entsprach diese Haltung der Mehrheit der Verantwortlichen in der Stadt. Auch im Arbeitskreis herrschte große Skepsis gegenüber „den Leuten vor der Lutherkirche“.

Es wird eine andere Sprachregelung gesucht, um sachlicher über die Thematik und mit ihnen zu reden. Es wird von „jungen zugezogenen Leuten“ gesprochen oder von „den Leuten vor der Lutherkirche“. Eine Stadtteilanalyse belegt eine tendenzielle Zuwanderung von Leuten zwischen 18 und 30 Jahren, die sich eindeutig den Jugendszenen wie z.B. Punks zuordnen. Damit wird bei PolitikerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen eine neue Gesprächsebene eröffnet.

Erste Impulse zur Verständigung

Im Stadtteilforum, einem sanierungsbezogenen Bürgerforum werden Beschwerden der AnwohnerInnen zusammengetragen. Daraus entsteht die Initiative zu einem Flugblatt, mit dem die Punks zu einer Versammlung eingeladen werden, um ihnen die vielen Beschwerden vorzutragen. Die Einladung ist in einem rüden Ton gehalten („ihr macht nachts unerträglichen Lärm, quält eure Hunde, pinkelt in Hauseingänge, beschädigt parkende Autos, pöbelt AusländerInnen an, bedroht Vorübergehende und greift sie an“). Die Diskussion zwischen 10 Mitgliedern des Stadtteilforums und über 30 PunkerInnen ist lebhaft, engagiert und offen.

Es deutet sich eine Gesprächsbereitschaft zwischen dem Pastor der Kirchengemeinde und einigen PunkerInnen an, Regelungen über die Reinigung der Treppen zu treffen. Man sieht die Punks häufiger beim Säubern. Auch wenn dies erst mittags oder nachmittags passiert, ist es ein erstes Signal. Darüber hinaus beginnen Gespräche über den Wunsch der jungen Leute, einen eigenen Treffpunkt, ein Musikzen-

trum, eine alte Fabrikhalle zu bekommen. Ein Verein wird von ihnen gegründet mit der deutlichen Absicht zur Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde, dem Jugendamt und Sozialamt. Den Hinweis des Pastors der Verein möge sich doch per Satzung verpflichten den Kirchenvorplatz regelmäßig zu reinigen, wird nicht als lustige Anekdote aufgegriffen. Der Zwiespalt des Pastors, der die Anliegen von AnwohnerInnen, Kirchenvorstand und PunkerInnen zu vereinbaren sucht, wird erkennbar. Durch eine Stadtteilanalyse wird deutlich, daß es beständig einen Zuzug von jungen Leuten gibt, die eine Lebensgeschichte mitbringen, durch die sie an den Rand gedrängt sind.

Der neue Pastor der Lutherkirche sucht Unterstützer für eine Wochenendfahrt mit den PunkerInnen. Kurz nach den Chaostagen 95 fand sich in der Nordstadt niemand, der dieses Risiko eingehen wollte. Der Pastor läßt nicht locker und organisiert zusammen mit einem Diakon der Nachbargemeinde eine Kanufahrt, die eine Verständigung mit einigen Leuten vor der Lutherkirche fördert. „Glück gehabt“, meinen die SozialarbeiterInnen, die eher langfristige sozialpädagogische Konzepte (Wohn- oder Bauprojekte) favorisieren, in denen verlässliche Beziehungen möglich sind.

Der Erfolg hat viele Mütter und Väter

Auf einer Tagung über Punkarbeit im Dezember 96 werden Erfahrungen aus Hamburg und Berlin referiert und positive Ansätze diskutiert.

Dies ist ein positives Signal vom Sozial- und Jugenddezernenten an die MitarbeiterInnen und besonders an die Verantwortlichen im Jugendamt, auch in Hannover einem „Punkprojekt“ unterstützend gegenüberzutreten. Bereits vorher hatte der Oberstadtdirektor Anforderungen an die Verwaltungsstellen des Bau- Wohnungsamt, Ordnungs- und Jugendamtes gestellt, konstruktive Lösungen zu entwickeln.

Der Sozialarbeiter im Diakonischen Werk hat nach einem Jahr Lobbyarbeit in den kirchlichen Gremien weitere FürsprecherInnen gefunden und konnte Bedenken und Ängste abbauen, daß kirchliche Einrichtungen trotz eines Engagements für Punks nicht automatisch zu Befürwortern von Chaostagen gehören müssen. Es können kurzfristig 3 junge Erwachsene über „Hilfe zur Arbeit“ (BSHG §19) beim Diako-

nischen Werk eingestellt werden. Auch der Jugendamtsleiter und der Jugend- und Sozialdezernent unterstützen das Projekt nach anfänglichen Bedenken in angenehm unkomplizierter Weise, was Auswirkungen auf andere Verwaltungsmitarbeiter hat.

In vielen direkten Gesprächen mit den Punks korrigieren sich Vorurteile. Berührungängste sind häufiger bei den Kirchenvorständen, Verwaltungsmitarbeitern oder Politikern anzutreffen. Schlagzeilen und Bilder von den Chaostagen sind oftmals noch in ihren Köpfen und machen aus den einzelnen jungen Leuten „die gefährlichen Punks“.

Ein stilles Bündnis unterstützt das Punkerprojekt

Die PolitikerInnen, MitarbeiterInnen der



Zwischen den Bauarbeiten

Verwaltung und Fachleute vor Ort unterstützen den neuen Verein und in einem beispielhaften Bündnis: Der Bürgerstammtisch, der sich durch kritische Begleitung der Chaostage u.a. für einen stärkeren Dialog einsetzt kam auf die Idee ein kleines, leerstehendes Häuschen zwischen Bahngleisen und Parkhaus, mit guten Möglichkeiten für laute Musik, zu einem Treffpunkt werden zu lassen. Die Sanierungsabteilung unterstützt diese Idee tatkräftig. Das Jugendamt mietet es von der Deutschen Bahn AG und gibt es zur Untermiete an den Verein „Treffpunkt Lutherkirche“. Das Jugendamt stellt einen Sozialarbeiter, mit zusätzlicher Qualifikation als Maurermeister, bereit und das Diakonische Werk unterstützt durch eine schon versierte Berufspraktikantin das Bauprojekt. Beide Träger bilden durch ihre Mitarbeiter

vor Ort eine Kooperation. Das Sozialforum stellt 1996 36.000,- DM und weitere 21.000,- im Jahr 97 bereit, um Materialien einzukaufen. Die BezirksratspolitikerInnen zweier Stadtteile zeigen sich in Gesprächen zugänglich für dieses Projekt. Der „Arbeitskreis Streetwork“ zeigt mit einem Gesamtkonzept verschiedene Wege auf, mit dieser Gruppe langfristig zu arbeiten. Die Presse verzichtet auf Schlagzeilen und bringt nur zwei informative Artikel in die Stadtteilbeilage.

In dem bundesweiten Modellprojekt „Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung im kommunalen Sozialraum“ finden sich viele Beispiele aus anderen Städten, wo besonders bei komplexen Themen durch ein Zusammenspiel der Fachkräfte eine ganzheitlichere Sicht und daraus geeignete

Handlungsstrategien entwickelt werden müssen, wollen sie erfolgreich sein. Der Arbeitskreis des Sozialforums leistete in ähnlicher Weise wichtige Arbeit im Hintergrund. In 4-wöchentlichen Treffen wurden kontinuierlich u.a. folgende Themen bearbeitet:

- Kontaktaufnahme zur Szene
- Begleitende Gespräche zur Vereinsgründung durch die Punks (Lutherkirchentreff e.V.)
- Arbeit am Konzept (4 Bausteine: Absprachen zum Platz, Anlaufstelle, Treffpunkt, Wohnen)
- Gespräch mit Planungsstellen im Jugend-, Sozial- und Kulturamt
- Gespräch mit der Leitung des Diakonischen Werks

- Gespräche mit dem Landesjugendamt über Fördermittel
- Information über typische Wohnbedingungen von jungen Erwachsenen dieser Szene
- Gesprächsbereitschaft der NordstädterInnen zur Lutherkirchenszene
- Förderung direkter Kontakte
- Information über die praktische Arbeit durch Diakonisches Werk und Jugendschutz
- Gleichgewicht der Interessen im Verhältnis zu anderen Gruppierungen im Stadtteil
- Neue Gespräche über kleine Wohnprojekte für Punks

Zusammenfassung und Ausblick

Viele günstige Bedingungen kamen bei der Projektentwicklung zum Punkprojekt zusammen.

- Die Arbeit im Arbeitskreis „Streetwork“ war von der Gewißheit und Übereinstimmung geprägt, mit diesen Leuten kann man pädagogisch arbeiten, wenn bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt sind. Daraus folgte die ernsthafte Kontaktaufnahme von verschiedenen MitarbeiterInnen des Arbeitskreises in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern.
- Die konstruktiven Leute in der Gruppe der PunkerInnen setzen sich durch und erklären den Willen zur Zusammenarbeit mit Kirchengemeinde, Ämtern und anderen Stellen. Gleichzeitig erfolgt die Vereinsgründung, an der Leute aus dem Arbeitskreis und andere mit-helfen. Alle Bemühungen werden lange Zeit mit Skepsis betrachtet.
- Hilfreich war, daß ein Sonderprogramm es ermöglichte, ohne lange Hierarchiewege aus einem jährlichen Budget von 100.000,- DM, für 1996 einen Betrag von 36.000,- DM und 1997 weitere 21.000,-DM zur Verfügung zu stellen.
- Die Kooperationsbereitschaft der verschiedenen Ämter und besonders die Absprache zwischen der Sanierungsabteilung und der Deutschen Bahn, ein altes Bahnbüro zwischen den Gleisen zur Verfügung zu stellen. Auch das Kulturamt zeigt Bereitschaft zur Unterstützung, wenn es darum geht Punkmusik als kulturellen Ausdruck einer bestimmten Jugendszene zu akzeptieren.



Ein Fenster wird gestemmt

Weiterhin ungeklärt bleibt allerdings das Verhältnis zwischen großen und kleinen Trägern. Ein kleiner Nordstädter Verein hatte die Kooperation gesucht, um für einen Gesundheitsladen mit Straßensozialarbeit Landesförderung einzuwerben. Hier gab es keinen großen Träger, der mit einem nahezu mittellosen Träger ein Bündnis eingehen wollte, was im Stadtteil altbekannte Erfahrung ist, aber erneut Enttäuschung verursachte. Den Zuschlag erhielt die AWO mit „Betreutem Wohnen für jugendliche Randgruppen“. Es entsteht der Verdacht, die kleinen Träger sind wieder nur Lieferanten der Orts- und Milieukennntnis, sie bahnen Kontakte an und helfen beim Einarbeiten, die Projekte werden dann eher zentral von großen Trägern abgewickelt.

Alte Rechnungen sind noch offen. Ein bis heute andauernder Konflikt zwischen den „Autonomen“, den BewohnerInnen eines alternativen Wohnprojekts und den „Punks“ hat seine Vorgeschichte. Einige

PunkerInnen wurden aus diesem Wohnprojekt geworfen, weil sie Leute unter sich duldeten, die ein Schwulenprojekt bedrohten und überfielen, und weil einige von ihnen willkürlich Schlägereien anzettelten. Hier sind Feindschaften und Grenzen markiert, die nicht ohne weiteres veränderbar sind.

Und darüber hinaus ist die Umsetzung des Konzepts bisher bei dem erfolgsträchtigen Teil stehen geblieben. Der Verein soll sich verselbständigen, die Aktiven werden unterstützt. Wo bleiben die anderen? Der Gesundheitsladen hat keine Förderung einwerben können, um die begleitende Anlaufstelle mit Dusche, Waschmaschine und ärztlicher Beratung durchzuführen. Die AWO hat eine Landesförderung für die Entwicklung von Wohnprojekten mit randständigen jungen Leuten erhalten. Das Jugendamt mit dem Jugendschutz, das Diakonische Werk mit der Kirchenkreissozialarbeit

sind ebenso am Thema dran. Ob sie die kleinen Träger, die Fachleute vor Ort weiterhin beteiligen? Ein solches Projekt kann langfristig nur überleben, wenn es im Stadtteil von vielen akzeptiert und unterstützt wird. Diese Verhandlungs- und Vermittlungsarbeit braucht auch in Zukunft ein Bündnis zur Zusammenarbeit vor Ort.

Literatur:

Baacke, Dieter 1993: Jugend und Jugendkulturen. Weinheim

Bock, Marlene u.a. 1993: Zwischen Resignation und Gewalt. Jugendprotest in den 80er Jahren. Opladen

Deutsches Jugendinstitut e.V. 1995: Straßenkinder - Annäherung an ein soziales Phänomen. München

Geiling, Heiko 1996: Das andere Hannover. Jugendkultur zwischen Rebellion und Integration in der Großstadt. Hannover

Hafeneger, Bruno, Stüwe, Gerd und Georg Weigel 1993: Punks in der Großstadt - Punks in der Provinz. Opladen

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung 1992: Jugendhilferahmenplan für die Stadt Hannover. Hannover

Janke, Klaus und Stefan Niehues 1995: Echt abgedreht, die Jugend der 90er Jahre. München

Segel, Gerhard 1996: Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung im Kommunalen Sozialraum. Zwischenbericht des Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. ISS Aktuell 1/1996. Frankfurt

Fotos von Gerd Kiesran

Gründung des Nachbarschaftsheims Mittelhof 1947

**Aus der Präambel:
„Die Grundüberzeugung, von der die Quäker durchdrungen sind und die ihre Handlungen bestimmt, ist das Wirken des inneren Lichtes in jedem Menschen. Eine solche Botschaft kann nicht gelehrt, sondern muß gelebt werden....“**

Das Nachbarschaftsheim Mittelhof in Berlin Zehlendorf feierte in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Der Mittelhof ist das älteste Berliner Nachbarschaftsheim. Gegründet wurde das Nachbarschaftsheim von amerikanischen, englischen und deutschen Quäkern im Juni 1947 mit dem Ziel, materielle Notlagen der Bevölkerung zu lindern, Hilfen zur Selbsthilfe zu initiieren und demokratische Bildungs- und Erziehungsprozesse zu fördern. Vor 10 Jahren anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Nachbarschaftsheim Mittelhof hatte das Nachbarschaftsheim eine Buchveröffentlichung seiner Geschichte und Arbeitsschwerpunkte vorgelegt, auf die noch heute BesucherInnen, Fachleute und

Institutionen gern zurückgreifen, weil sich in ihr auch ein Stück der Geschichte sozialer Arbeit im Nachkriegs-Berlin spiegelt.

Zum 50-jährigen Bestehen des Nachbarschaftsheim hatten die Mittelhöfer im Sommer zu einem großen Gartenfest ihre NachbarInnen, BesucherInnen des Hauses, Vereinsmitglieder und VertreterInnen des Bezirksamtes sowie der Nachbarschaftsheim und Selbsthilfekontaktstellen eingeladen um gemeinsam zu feiern. Das Sommerfest fand unter dem Motto „Nachbarschaftsarbeit - 50 Jahre jung“ statt. An den Vorbereitungen beteiligten sich BesucherInnen, Freunde und ehrenamtliche HelferInnen. Von 15 Uhr bis in die Nacht hinein traten Musik- und Tanzgruppen auf und sorgten für Unterhaltung. Erstmals nahmen die Polizei und die Feuerwehr des Bezirkes an dem Fest teil. Großzügige Unterstützung gab es durch Sach- und Geldspenden der Vereinsmitglieder und NutzerInnen des Mittelhofes, durch Firmen, die regelmäßig mit dem Mittelhof in Verbindung stehen und durch Geschäftsleute im Bezirk. Mit Trommeln und einem Lagerfeuer der Pfadfinder endete das Fest.

Unter dem Motto „Blick zurück nach vorn“ wurden im Oktober zwei Podiums-Veranstaltungen durchgeführt. In einer Zeit der Reduzierung staatlicher Förderung und der Diskussion um neue Finanzierungsmodelle auch im Bereich sozialer Arbeit ging man am 30. Oktober der Frage nach, wie Nachbarschaftsheim künftig ihre Ressourcen nutzen und erweitern müssen, welche Veränderungen nötig sind, um die Arbeit der Nachbarschaftsheim unter absehbar neuen



50 Jahre Mittelhof:
Sommerfest am
16. August 1997



Bedingungen abzusichern und auszubauen. Wie kann die Bereitschaft von StadteilbewohnerInnen zum bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement weiter ausgebaut werden? Welche Chancen und welche Risiken bergen neue Finanzierungsformen, wie Sozial-Sponsoring-/Leistungsverträge, wie kann erfolgreiches Fundraising aussehen.

Im Podium diskutierten darüber der Stadtrat für Gesundheit und Soziales aus Zehlendorf, Herr Stefan Wöpke, Professor C. W. Müller, Georg Zinner, Geschäftsführer des Nachbarschaftsheimes Schöneberg, Jörg Rogge vom Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Thomas Mampel, Geschäftsführer des Nachbarschaftsladen Lankwitz, Barbara Tennstedt vom Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis (FIPP), Marion Baumann, Geschäftsführerin der Kiezspinne und Mitglied beim Forum für Community Organizing e. V.. Moderiert wurde diese Diskussion von Dr. Friedrich Haurert, Mitarbeiter der Arbeitsstelle für Fundraising (von SPI und DPW Berlin). Über dieses Podiumsgespräch wird im nächsten Rundbrief ein Artikel erscheinen.

Der Mittelhof unterstützt seit über 20 Jahren Berliner Elterninitiativen. Er hat sich immer wieder an Diskussionen um Veränderungen in der Kitalandschaft freier Träger in Berlin beteiligt. Welche Chancen und welche Perspektiven Kleinsteinrichtungen in dem Veränderungsprozeß der Kitalandschaften in Berlin haben, wurde am 29. Oktober innerhalb einer weiteren Podiumsdiskussion unter dem Motto „Miteinander - füreinander: Zukunft der Eltern-Kinder-Tagesstätten“ diskutiert. An dem Gespräch waren beteiligt VertreterInnen der Senatsjugend-

verwaltung, BezirksamtsvertreterInnen, Hildegard Immendorf vom Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie Eltern und ErzieherInnen des Nachbarschaftsheimes.

Unser Motto für das Jubiläumsjahr war, die Chance der Stunde zu nutzen, um über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und mit vielen Interessierten über die Zukunft der Nachbarschaftsarbeit zu sprechen. Wir denken, daß uns das gelungen ist.

Im Mittelhof befindet sich die Regionale Selbsthilfekontakt- und Beratungsstelle - Treffpunkt für Gruppen im Gesundheitsbereich, Familienarbeit und zur Freizeitgestaltung. Es finden im Nachbarschaftsheim Kurse und Veranstaltungen für alle Altersgruppen statt. Die Angebote werden u. a. in dem zweimal jährlich erscheinenden Programm veröffentlicht. Das Stadteil-Café im Mittelhof hat Dienstag bis Sonntag von 15 - 19 Uhr geöffnet. Von 9 bis 20 Uhr steht den BesucherInnen täglich eine Ansprechperson zur Verfügung. Gruppen können das Haus bis 23 Uhr nutzen. Das Nachbarschaftsheim Mittelhof ist Träger von acht Eltern-Initiativ-Kindertagesstätten in Zehlendorf, Wilmersdorf und Steglitz mit rund 280 Plätzen. Im Aufbau befindet sich zur Zeit eine Tagesgruppe zur Vermeidung der Heimunterbringung von Kindern.

„Selbstevaluation in der Gemeinwesenarbeit“

„Der Arbeitskreis Rheinsteinstraße e.V.“, ein freier Träger der Gemeinwesenarbeit in Köln, hat eine zweijährige Selbstevaluation durchgeführt. Die Selbstevaluation wurde durch eine externe Fachberatung von Herrn Dr. W. Beywl von der Universität Köln begleitet. Der Evaluationsbericht mit dem Titel „Die Gemeinwesenarbeit des Arbeitskreises Rheinsteinstraße e.V. - Eine dokumenten-gestützte Praxisreflexion durch Evaluation“ kann beim

Arbeitskreis Rheinsteinstraße
(Tel. 0221 - 343922),
Rheinsteinstraße 4,
in 50968 Köln

gegen einen Unkostenbeitrag von 7,70DM in Briefmarken (Kopierkosten und Porto) angefordert werden.

E-Mail:
Bundesverband@sozkult.de

QUALI AKTUELL

Halbzeit - beim Fußballspiel ist das die Phase, in der die bisherigen Strategien überprüft und bei Bedarf Kurskorrekturen vorgenommen werden.

In Bezug auf die Kurswochenreihe des Qualifizierungsprojektes für haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen im sozial-kulturellen Bereich läßt sich nach gut einem Jahr - und mit den Erfahrungen von vier Kurswochen sowie der Hospitationsphase - in ähnlicher Weise ein vorsichtiges Zwischenresümee ziehen.

Dazu gehört die Erkenntnis, daß eine große Herausforderung darin liegt, die vorgegebenen Themen für eine sehr heterogene Gruppe so aufzubereiten, daß sie zur Bearbeitung auf vielen Ebenen einladen und die TeilnehmerInnen daraus einen praktischen Nutzen für die eigene Arbeit ziehen können.

In Verbindung mit dem Lernprozess innerhalb der Gruppe hat sich erfreulicherweise eine Krise aus der dritten Kurswoche (im Mai dieses Jahres in Berlin) so konstruktiv lösen lassen, daß eine Konstruktion für die vierte Kurswoche gefunden wurde, die alle zufriedenstellte - ein Ergebnis, das unter anderem der Mitwirkung von 2 Teilnehmern bei der Vorbereitungsarbeit zu verdanken ist.

Einen wichtigen Beitrag zum Themen-transfer und zur Zufriedenheit der TeilnehmerInnen lieferten die in der Hospitation gemachten Erfahrungen und ihre systematische Reflexion.

Hospitation - das heißt, mindestens eine Woche lang dem Kollegen/ der Kollegin bei der Arbeit über die Schulter schauen oder kräftig mitmischen - diese Gelegenheit

hatte bis dahin ein Großteil der Gruppe für sich genutzt und dabei wichtige Eindrücke zur eigenen Rolle, zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden der jeweiligen Einrichtungen sowie eine Menge wertvoller Anregungen für die eigene Arbeit mitgenommen.

Auf diesem Hintergrund gaben die TeilnehmerInnen der Kursgruppe ein deutliches Votum für den Verband als Mittler und Veranstalter derart geleiteter Hospitationsprojekte. Damit wurde eine positive Erfahrung bekräftigt, die der Verband bereits 1993/94 mit einem Hospitationsprojekt Ost-West gemacht hatte, in dessen Verlauf sich die VertreterInnen von etwa 40 Einrichtungen in den alten und neuen Bundesländern gegenseitig besucht hatten.

Mit der Beendigung der 4. Kurswoche und der Hospitationsphase geht die Kurswochenreihe nun sozusagen in den Endspurt: im Februar 1998 findet die 5. Woche zum Thema „Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen“ in Köln statt; mit der 6. Woche („Organisation und Gesamtkonzeption sozial-kultureller Arbeit“) wird diese Reihe im Juni 1998 ihren Abschluß - voraussichtlich in Freiburg - finden.

Bei Interesse an genaueren Informationen zu Themen und Inhalten der Fortbildung geben wir gern weitere Auskunft.

Eine detailliertere Beschreibung der inzwischen stattgefundenen Baustein-Seminare ist für die nächste Ausgabe des Rundbriefes vorgesehen.

Ute Sander, Projektleitung Kurswochenreihe

Man warf Adison
Schweigsamkeit vor.
"Der Geist gleicht
dem Gelde: Man darf
von beiden nur soviel
ausgeben, wie gefor-
dert wird."

Der Trägerverbund Wiesbaden -

Ein Kooperationsprojekt im Rahmen der Jugendsozialarbeit

von Michael Lechner

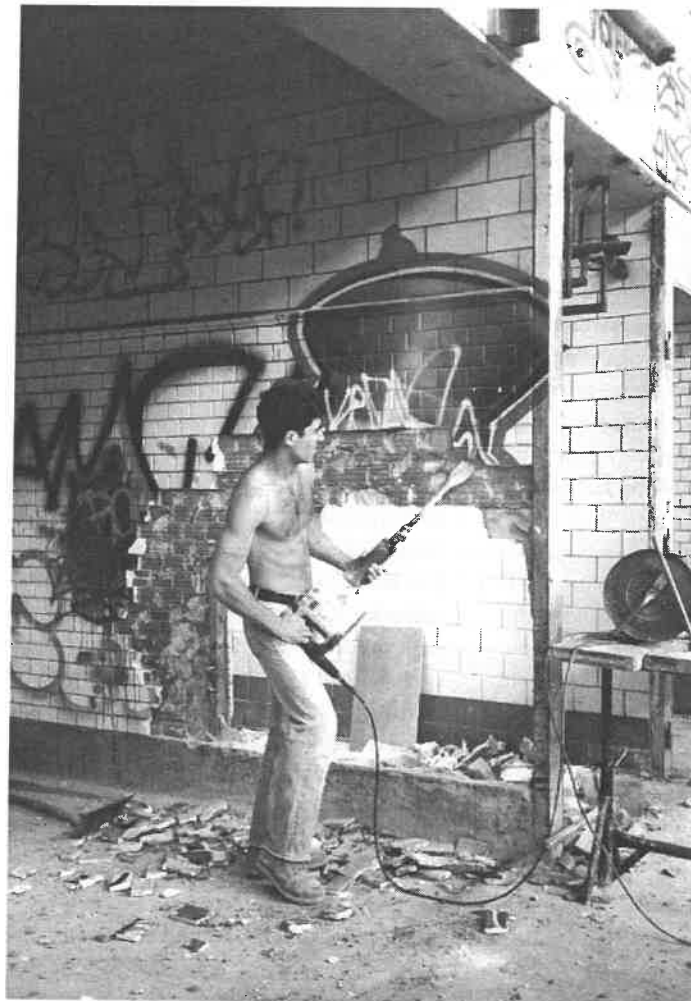
Der Trägerverbund Wiesbaden führt seit 1990 erfolgreich Maßnahmen zur Beschäftigung und Qualifizierung von jugendlichen Arbeitslosen durch. Dabei haben sich vier freie Träger aus Wiesbaden zusammenschlossen, um Fähigkeiten und Ressourcen der beteiligten Träger zur Erzielung synergetischer Effekte unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen. Einer von vier Gesellschaftern ist das Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V., das in diesem Zusammenhang im Rahmen seines Engagements im Bereich der Jugendarbeit neue Wege gegangen ist.

1. Die Entstehung des Trägerverbundes Wiesbaden

1988 wurde vom Amt für Industrie- und Sozialarbeit in der Propstei Süd-Nassau ein Arbeitskreis initiiert, dem alle Träger in Wiesbaden angehörten, die mit der Durchführung von berufsbildenden Maßnahmen befaßt waren. Der Arbeitskreis hatte sich zum Ziel gesetzt, thematisch zu Fragen der Jugendarbeitslosigkeit zu arbeiten. Darüber hinaus sollte der Versuch unternommen werden, gemeinsam geeignete Maßnahmen zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit in Kooperation zu entwickeln.

1990 schlossen sich aus diesem Kreis vier Institutionen in einem Kooperationsvertrag zusammen, um ein Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt für arbeitslose Jugendliche durchzuführen. Die vier Einrichtungen, die sich unter dem Namen Trägerverbund Wiesbaden zusammenschlossen, waren:

- der Evangelische Dekanatsverband Wiesbaden



**TeilnehmerInnen
des Startprojektes
im ehemaligen
Schlachthof in
Wiesbaden.
Wo bleibt der
Ohrenschutz?**

- der Verein HUjA e.V. (Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser)
- das Jugendhilfezentrum Johannesstift und
- das Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V.

Am 10.12.1990 startete das erste Projekt des Trägerverbundes mit der Beschäftigung

von 8 langzeitarbeitslosen Jugendlichen, die unter der Fachanleitung von einem Meister und der Betreuung durch einen Sozialpädagogen als Bauhelfer qualifiziert wurden. Zu diesem Zweck wurde eine Werkstatt angemietet, die bis heute der Stützpunkt des Bauhauses (unter diesem Namen

ist das Projekt in Wiesbaden bekannt) ist und Aufträge im Bau- und Baunebengewerbe ausführt.

2. Die Aufgaben der Partner im Trägerverbund

Grundidee des Zusammenschlusses war es, die Ressourcen und Möglichkeiten sowie das Know-How der einzelnen Körperschaften zu nutzen, um Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und durchzuführen. Darüber hinaus sollte der Zusammenschluß eine größtmögliche Abstimmung der Projektangebote in Wiesbaden bewirken und unnötige Konkurrenzen und Mehrfachangebote ausschließen.

Mit dem Abschluß des Kooperationsvertrages verpflichteten sich die vier Träger, das begonnene Projekt gemeinsam durchzuführen, wobei jedem Träger spezifische Aufgabenstellungen zugeordnet wurden, die zu großen Teilen bis heute Gültigkeit besitzen.

Der Verein HUjA e.V. als landesgeförderte Beratungsstelle mit dem originären Arbeitsauftrag ausgestattet, Hilfsangebote für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche zu entwickeln, hatte die Geschäftsführung in diesem Trägerverbund übernommen und trat als Antragsteller gegenüber öffentlichen Zuwendungsgebern auf. Der Verein wurde mit der Entwicklung von Projektkonzeptionen beauftragt und ist bis heute mit der Betriebsleitung betraut.

Der Evangelische Dekanatsverband hatte die Aufgabe übernommen, die Lohn- und Finanzbuchhaltung und die Bewirtschaftung der Gelder über das Ev. Rentamt Wiesbaden abzuwickeln. Darüber hinaus war er Anstellungsträger von allen Beschäftigten in den Projekten.

Das Jugendhilfzentrum Johannesstift stellte Arbeitsplätze für eine begrenzte Anzahl von TeilnehmerInnen zur Verfügung und ist bis heute einer der größten Auftraggeber für Sanierungsmaßnahmen der Projekte des Bauhauses.

Das Nachbarschaftshaus Wiesbaden stellte von Beginn an Arbeitsplätze für ProjektteilnehmerInnen zur Verfügung und vergab - in bis heute stetig steigendem Umfang - Sanierungs- und Renovierungsaufträge an die Werkstatt. Die Bedeutung des Nachbarschaftshauses Wiesbaden e.V. für die Arbeit des Verbundes wuchs in dem Moment

noch stärker stark an, in dem die Einrichtung beschloß, seine Tätigkeit im Bereich der Jugendarbeit im wesentlichen auf die Mitarbeit im BauHaus zu konzentrieren. Dies hatte zur Folge, daß eine pädagogische Fachkraft des Hauses für drei Arbeitsbereiche des Bauhauses die Projektleitung übernahm und daß das Haus heute der Durchführungsort für einen Projektbereich ist und somit zu einem wichtigen Standort der Verbundaktivitäten wurde.

3. Von der Gesellschaft bürgerlichen Rechts zur GmbH

Ihre Absichten setzten die Gründungsmitglieder des Trägerverbundes Wiesbaden offensichtlich sehr erfolgreich in die Tat um, was u.a. seinen Ausdruck darin fand, daß potentielle Auftraggeber und Zuwendungsgeber sehr schnell bereit waren, über das erste Projekt hinaus weitere Projekte bei dem Trägerverbund Wiesbaden anzusiedeln. Mit dem Anwachsen der Projekte und damit auch der ProjektteilnehmerInnen und der zu Qualifizierungs- und Betreuungsaufgaben eingesetzten Stammkräfte wuchs aber auch das Haushaltsvolumen und damit auch die Frage nach den möglichen Risiken, die die Gesellschafter mit dem Abschluß des Kooperationsvertrages eingegangen waren.

Der gute Wille zur erfolgreichen und harmonischen Zusammenarbeit hatte die vier Gründungsmitglieder mit Abschluß des Kooperationsvertrages eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes (GbR) gründen lassen, was bei Unterzeichnung des Kooperationsvertrages niemandem bewußt war. Da die GbR gerade in Fragen der Haftung hohe Risiken für die einzelnen Gesellschafter birgt, wurde beschlossen, daß die Geschäfte des Trägerverbundes Wiesbaden in Zukunft unter der Rechtsform der GmbH geführt werden sollten.

Der Trägerverbund Wiesbaden sollte jedoch als Institution bestehen bleiben. Er gab sich eine Satzung und wurde als GbR notariell beurkundet. Die GbR wiederum wurde zum alleinigen Gesellschafter einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die seit dem 1.4.1994 unter dem Namen BauHaus Werkstätten Wiesbaden (BWW) alle Geschäfte des Verbundes leitet. Der Trägerverbund Wiesbaden unterliegt nunmehr lediglich in Höhe des Stammkapitals der Haftung für die Aktivitäten der Projekte.

In die Gesellschafterversammlung der BWW entsendet jeder Gesellschafter eine von ihm autorisierte Person, die berechtigt ist, die Interessen des Gesellschafters zu vertreten. Neben der Gesellschafterversammlung, die in der Regel zweimal im Jahr stattfindet, tagt monatlich der Trägerverbund Wiesbaden, um Inhalte und Perspektiven der Projektarbeit zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Mit der notariellen Beurkundung der GbR wurde für das Jugendhilfzentrum Johannesstift die Wiesbadener Jugendhilfgesellschaft mbH (WJHG) als Träger aufgenommen, deren Gesellschafter der Caritasverband Wiesbaden e.V. und der Sozialdienst katholischer Frauen sind. Das Jugendhilfzentrum Johannesstift ist eine Abteilung dieses neuen Gesellschafters und vertritt diese innerhalb des Trägerverbundes.

4. Die Arbeit der BauHaus Werkstätten Wiesbaden

Seit 1990 haben die Arbeitsfelder des Trägerverbundes stetig zugenommen, sie beschränken sich jedoch weiterhin ausschließlich auf die Erfüllung von Aufgaben im Rahmen der Jugendsozialarbeit nach §13 KJHG und hier insbesondere auf Projekte der Jugendberufshilfe. Bis heute haben sich vier Projektbereiche etabliert, die jedoch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bezüglich der Zielsetzungen und Projektinhalte aufweisen.

4.1. Beschäftigung im Verbund

Im Rahmen dieses Ur-Projektes des Trägerverbundes werden 25 Jugendliche im Bau- und Baunebengewerbe beschäftigt und qualifiziert. Sie erhalten einen Arbeitsvertrag über 2 Jahre und werden in einer BauhelferInnen- und zwei MalerInnen/LackierereInnenengruppen von 3 Fachanleitern und 1 Sozialpädagogin angeleitet und betreut. Ziel des Projektes ist die Qualifizierung der TeilnehmerInnen für die Aufnahme einer Tätigkeit im allgemeinen Arbeitsmarkt und die Vermittlung in eine Anschlußbeschäftigung.

4.2. Jugendwohnen im Verbund

Dieses Projekt wird seit 1994 als Modellprojekt des Kinder- und Jugendplanes gefördert und hat sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen mit preisgünstigem Wohnraum zu versorgen, die im Rahmen der erzieherischen Hilfen oder in einem Projekt der Jugendberufshilfe gefördert werden. Das Pro-



Das scheint Spaß zu machen!

jekt ist ein Kooperationsprojekt mit allen Wiesbadenern Trägern der Erziehungshilfen und Trägern der Jugendberufshilfe und verknüpft u.a. die Akquise von Wohnraum mit der Qualifizierung der ProjektteilnehmerInnen aus dem BauHaus. Das Projektziel wird in zwei Projektteilen umgesetzt.

Im Projektteil Wohnungsvermietung sanieren die BauHaus Werkstätten Wiesbaden öffentlichen Wohnraum, der ihnen im Rahmen eines Kooperationsvertrages von einer städtischen Wohnbaugesellschaft zugewiesen wird. Im Anschluß an die Sanierung mietet BWW diesen Wohnraum an und vermietet ihn an Jugendliche weiter, die im Rahmen erzieherischer Hilfen, bzw. in Projekten der Jugendberufshilfen, gefördert werden.

Im Projektteil Wohnungsvermittlung unterhält BWW eine Regiestelle, die Anträge der Zielgruppe auf Zuteilung einer Sozialwohnung bearbeitet und an das Wohnungsamt weiterleitet. Gleichzeitig erstellt die Regiestelle eine Vorschlagsliste, nach deren Maßgabe die Vergabe von Sozialwohnungen durch das Wohnungsamt erfolgt. Durch diesen Projektteil kann gewährleistet werden, daß alle jungen Menschen, die im Rahmen einer erzieherischen Hilfe bzw. eines Projektes der Jugendberufshilfe gefördert werden, bedarfsgerecht und unter Berücksichtigung jugendhilfespezifischer Kriterien mit Wohnraum versorgt werden.

Das Projekt konnte seine Zielsetzungen sehr erfolgreich umsetzen. In den ersten drei Jahren konnten 152 ProjektteilnehmerInnen eine Wohnung über den Projektteil Woh-

nungsvermittlung anmieten, wobei der durchschnittliche Mietpreis/m² 8,92 DM betrug. Zur Zeit befinden sich in dem Wohnungspool der BauHaus Werkstätten Wiesbaden 9 Wohnungen, die über den Projektteil Wohnungsvermietungen weitervermietet werden. Das Projekt wird voraussichtlich durch eine Finanzierung der Stadt Wiesbaden unter Beteiligung der kooperierenden Träger ab 1998 in eine Regelförderung überführt.

4.3. START im Verbund

Zielgruppe dieses berufsvorbereitenden Projektes, das vom Land Hessen und vom Europäischen Sozialfonds gefördert wird, sind JungarbeiterInnen der Kerschensteinerschulen (Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, die der Teilzeitberufsschulpflicht unterliegen), die diese Klassen nicht besuchen und Jugendliche, die über die Jugendgerichtshilfe dem Projekt zugewiesen werden. Die Jugendlichen, die einen Schulbesuch bisher verweigert haben, werden durch nachgehende Sozialarbeit für das Projekt gewonnen. Im Rahmen von Werkstattangeboten und durch Beschulung von BerufsschullehrerInnen vor Ort im Projekt werden sie auf die Aufnahme einer weitergehenden Qualifizierung oder Ausbildung vorbereitet und erfüllen gleichzeitig ihre Schulpflicht. Zur Zeit stehen 24 Plätze für ProjektteilnehmerInnen zur Verfügung.

4.4. Betriebliche Qualifizierung

Im Rahmen der Projekte "Job-Service" und "Berufspraktische Fortbildung" werden ca. 30 Jugendliche in Betrieben des allgemei-

nen Arbeitsmarktes qualifiziert und beschäftigt. Erklären sich die Betriebe bereit, einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit den TeilnehmerInnen abzuschließen, können sie eine Förderung der Lohnkosten zwischen 60% und 90% erhalten.

5. Synergieeffekte im Verbund - ein Modewort bewährt sich in der Praxis

Die beabsichtigten synergetischen Effekte, die von Seiten der Zuwendungsgeber und anderer Akteure im Rahmen von Beschäftigungspolitik immer häufiger eingefordert, von den Beteiligten aber selten umgesetzt werden, sind bei der beschriebenen Verbundstruktur auf mehreren Ebenen zu beobachten.

Ein wesentlicher Aspekt war die Stärkung der Finanzkraft und die Minimierung von Finanzrisiken, die zu Beginn maßgeblich durch den Beitrag des Evangelischen Dekanatsverbandes gegeben war. So war es durch die Rolle des Rentamtes als kassenführende Stelle des Verbundes möglich, Liquiditätsengpässe durch häufig erheblich verspätete Auszahlungen von öffentlichen Zuwendungen auszugleichen und zu überbrücken. Für den Verein HUjA e.V. wäre allein aus diesem Grund die Initiierung von Maßnahmen in dieser Größenordnung nicht möglich gewesen. Die Auftragskraft der Verbundpartner im Bereich Sanierungs-, Renovierungs- und Neubauvorhaben garantiert den BauHaus Werkstätten Wiesbaden jährlich kalkulierbare Erlöse in einer Höhe, die kostendeckend für den Gesamthaushalt sind.

Die MitarbeiterInnen des Rentamtes der Ev. Kirche stellte zudem die Verwaltung auf stabile Beine, verfügte der Trägerverbund doch damit von Beginn an über eine eingespielte Personalstelle und über eine Lohn- und Finanzbuchhaltung.

Auch Flexibilität in der Personalpolitik war in kleinem Rahmen ein Effekt, der durch die Verbundstruktur in positivem Sinne gegeben war. So konnten immer wieder Verträge, die bei einem Partner ausliefen und nicht verlängert werden konnten, bei einem anderen Partner fortgeführt werden. Als wichtiges Instrument hat sich darüber hinaus die Abfassung von Gestellungsverträgen entwickelt, mit deren Hilfe Fachkräfte, die bei den Kooperationspartnern angestellt waren, den BauHaus Werkstätten zugeordnet wer-

den. Hier ist in erster Linie die Rolle des Nachbarschaftshauses Wiesbaden hervorzuheben, das durch die Abordnung einer pädagogischen Fachkraft zu den BauHaus Werkstätten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Projekte beisteuerte.

Nicht zu übersehen ist die Tatsache, daß ein Trägerverbund, in dem u.a. beide Kirchen vertreten sind, eine hohe Akzeptanz auf örtlicher Ebene genießt. Dies trifft sowohl auf der Ebene der Zuwendungsgeber zu, für die BWW eine feste Größe bei der Vergabe von neuen Maßnahmen ist, als auch für den Bereich der sonstigen Maßnahmeträger. So ist es möglich, daß der Trägerverbund Wiesbaden einen Arbeitskreis Jugendberufshilfe installierte und durchführt, der alle Akteure von beruflicher Bildung (öffentlicher und freie Träger, Kammern, Schulen, Arbeitsamt, Sozialverwaltung) regelmäßig einlädt und mit diesen aktuellen Themen des Arbeitsmarktes berät.

Nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, daß durch die Zusammenarbeit der vier Träger, die sehr unterschiedliche originäre Aufgabenstellungen haben, ein Know-How-Pool geschaffen wurde, der der Gesellschaft häufig zu Gute kommt. Dies schlägt sich sowohl bei betriebswirtschaftlichen Fragen nieder, als auch bei fachlichen Diskussionen, in denen der Trägerverbund in sehr vielen Bereichen sozialer Arbeit über ein breit gestreutes ExpertInnenwissen verfügt.

6. Perspektiven der Verbundarbeit

Die bisher gemachten Erfahrungen mit der Arbeit im Verbund müssen angesichts der Ergebnisse als äußerst positiv bewertet werden. Nicht zuletzt zeigt sich dies neben den Projekterfolgen in der Tatsache, daß die Zusammenarbeit bis zum heutigen Tag in störungsfreier Atmosphäre verlief. Innerhalb des Trägerverbundes wurde der Vorschlag, die Angebote auf lokaler Ebene abzustimmen, bisher stets umgesetzt. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß lediglich die WJHG ein Träger von beruflichen Bildungsmaßnahmen ist, die er außerhalb der Aktivitäten des Verbundes in Eigenregie betreibt.

Trotzdem hat sich innerhalb des Verbundes eine Diskussions- und Arbeitskultur herausgebildet, die so stabil ist, daß eine Erweiterung der Kooperationsformen auf weitere Träger denkbar ist. Ein erster wesentlicher Ansatz dazu ist mit der Überführung des

Modellprojektes Jugendwohnen in eine Regelfinanzierung getan, an der u.a. alle freien Träger der Erziehungshilfen in Wiesbaden beteiligt sind. Für die Zukunft sind weitere Kooperationsformen auch bei der Ausgestaltung von beruflichen Qualifizierungsprogrammen vorgesehen.

Daß funktionierende Verbundsysteme sowohl im Hinblick auf die Ergebnisqualität, die Strukturqualität und die Prozessqualität von öffentlich subventionierten Trägern positiven Einfluß haben, scheint von allen Seiten unwidersprochen zu sein. In diesem Sinn sieht sich der Trägerverbund Wiesbaden auch im Hinblick auf die aktuelle Qualitätssicherungsdebatte für die weitere Zukunft als gut gerüstet.

Zur Person: Michael Lechner ist bei dem Verein HUJA e.V. angestellt und ist von Beginn an als Geschäftsführer zu den BauHaus Werkstätten Wiesbaden abgeordnet.

*Wir träumen Bilder
von der Menschheit
und geben indessen
auf den Buben nicht
acht, der Hans
heißt, und der Bub
wird nichts nutz,
weil wir, umnebelt
von den Träumen
der Menschheit, den
Hans vergessen.*

Johann H. Pestalozzi.

UMBRUCH

Bildungswerk für gewaltfreie Veränderung

Anleitung zum Mächtigsein Training für OrganisatorInnen in Sozialen Bewegungen an drei langen Wochenenden

Zeit und Ort:

1. Block: 2. - 5. Oktober 1997
2. Block: 27. - 30. November 1997
3. Block: 22. - 25. Januar 1998

Die Blöcke beginnen jeweils Donnerstagabend um 18 Uhr und enden Sonntagmittag um 14 Uhr. Sie finden in verschiedenen Tagungshäusern in NRW statt.

Themenschwerpunkte und Arbeitsweise:
Aufbau von Organisationen, Gruppen und Teams, Planung von Kampagnen und Projekten, Gestaltung von Analyse- und Ziel- und Strategieentwicklungsprozessen, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Entscheidungsfindung und Konfliktbearbeitung in Gruppen und Bündnissen u.a.m.

Die projektorientierte Anlage des Trainings ermöglicht eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis.

Zielgruppen: Freiwillige, ehren- und hauptamtlich Engagierte aus Koordinationsbüros, Projektgruppen und Initiativen aus dem Feld der Neuen Sozialen Bewegungen, Mitglieder von Selbsthilfegruppen mit politischem Selbstverständnis. Das Seminar ist als Bildungsurlaub anerkannt.

Team: Das Training wird von einem erfahrenen Aktions- und Gruppentrainer geleitet, der das Training im Team mit wechselnden FachreferentInnen gestaltet. Die Gruppe hat das Konzept über Jahre erprobt und weiterentwickelt und bereits mehrere Organizertrainings erfolgreich gemeinsam durch-

geführt. Alle Beteiligten verfügen zudem selbst über langjährige eigene Erfahrungen in außerparlamentarischen Organisationen und Aktionsgruppen und umfangreiche Trainingserfahrung. Sie sind als TrainerInnen, BeraterInnen und OrganisatorInnen tätig.

Information und Anmeldung:

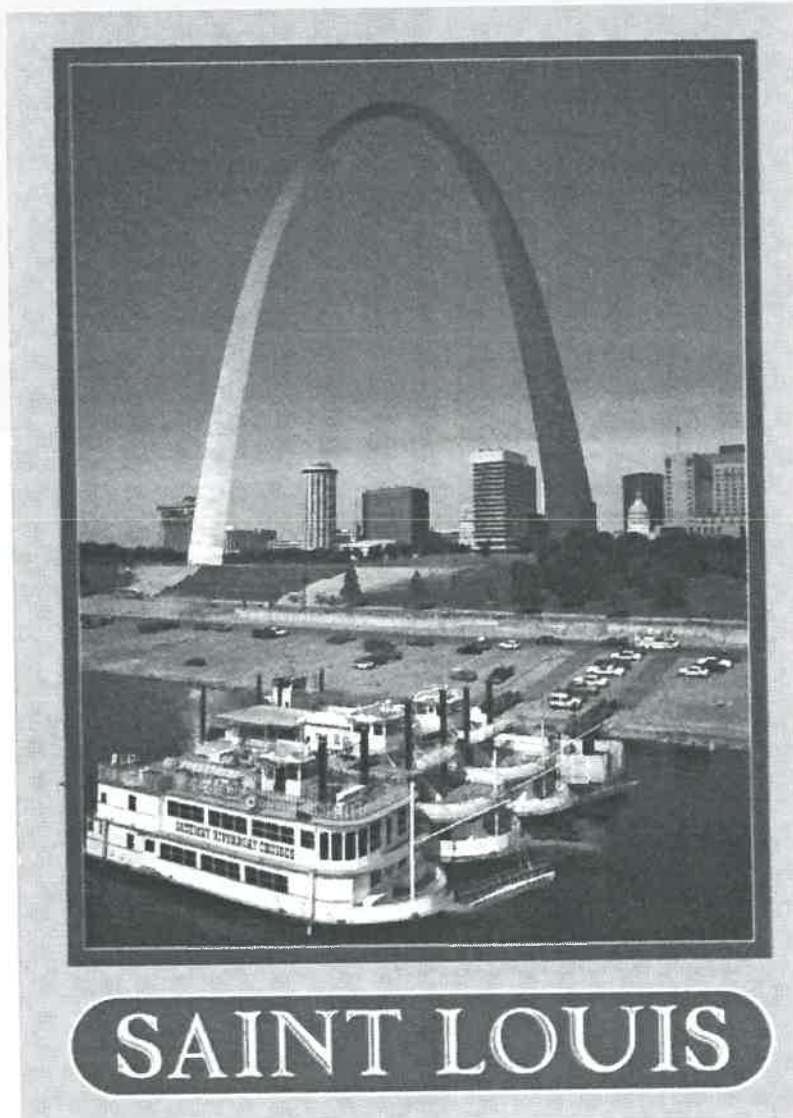
Ein ausführlicher Prospekt ist beim Veranstalter erhältlich:

UMBRUCH - Bildungswerk für gewaltfreie Veränderung,
Scharnhorststr. 6, 50733 Köln,
Tel. 0221 / 760 99 14
Fax: 0221 / 765 889

**Welcome to St. Louis.
My name is Lawrence,
I am your resident ambassador...**

**Willkommen in St. Louis.
Ich bin Lawrence, dein Betreuer...**

von Gudrun Israel



Saint Louis: Blick auf die Gateway Arch

Vorgeschichte

Im vergangenen Jahr wurde ich beauftragt, ein paar Leute zu benennen, die in Nachbarschafts- oder ähnlichen Einrichtungen in den neuen Bundesländern tätig sind und Interesse an einem Studienaufenthalt von bis zu drei Monaten am Grace Hill Jones Training Center in St. Louis (Hauptstadt des USA-Bundesstaates Missouri) haben könnten. Auch meinen Namen sollte ich, da ich ja seit mehreren Jahren mit solchen Projekten arbeite, auf diese Liste setzen. Ich platzierte ihn ganz verschämt an der letzten Stelle.

Das Grace Hill Jones Training Center ist ein Verein unter dem Dach der Grace Hill Neighborhood Services mit der Zielstellung, die für die Vereinigten Staaten beispielhaften Arbeitsansätze der Dachorganisation im In- und Ausland bekanntzumachen und es interessierten Menschen zu ermöglichen, sich vor Ort ein Bild davon zu machen. Grace Hill ist ein Stadtteil von St. Louis, der vor allem durch die massive soziale Benachteiligung seiner überwiegend farbigen Bewohnerinnen und Bewohner gekennzeichnet ist. Die Grace Hill Neighborhood Services, die von allen nur Grace Hill genannt werden, unterhalten Einrichtungen in 10 Nachbarschaften (vielleicht mit unseren Kiezen vergleichbar) des Stadtteils und eine außerhalb der Stadt im sogenannten County.

Anfang 1997 erhielt ich die für mich eher überraschende Nachricht, daß ich ausgewählt worden war, nach St. Louis zu reisen. Überraschend deshalb, weil ich ja nicht in einer Nachbarschaftseinrichtung arbeite,

sondern mit deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich füllte also die entsprechenden Formulare aus, schickte sie ab und dann tat sich erst mal eine ganze Weile gar nichts. Eines Abends Anfang März erhielt ich einen Anruf aus St. Louis und wurde gefragt, wann ich denn nun endlich kommen würde. Dann ging alles ganz schnell. Ich buchte einen Flug, beantragte Bildungsurlaub und das Abbummeln von angefallenen Überstunden, richtete meine Arbeit so ein, daß ich für vier Wochen abwesend sein konnte und flog am 7. April in aller Herrgottsfrühe los.

Bis Anfang Mai sollte ich also die Gelegenheit haben, die Erfahrungen und die Arbeitsweise der Grace Hill Neighborhood Services zu studieren. Neugierig, aber auch mit etwas gemischten Gefühlen, flog ich von Berlin ab, denn ich wußte nicht genau, wer und was mich vor Ort erwarten würde und was man dort von mir erwartete. Natürlich hatte ich schon viel über Grace Hill gelesen und gehört, aber es mit eigenen Augen zu sehen, ist schon etwas anderes.

Die einzigen Menschen, die ich im großen St. Louis kannte, waren George Eberle und seine Frau Helen. George war 42 Jahre lang Präsident der Grace Hill Neighborhood Services und bei meiner Ankunft gerade dabei, sein Amt an seinen Nachfolger Dr. Rodney Wead zu übergeben. So habe ich einen historischen Moment miterlebt. Allerdings hatte die Feier zur Verabschiedung von George vor meiner Ankunft stattgefunden und die offizielle Amtseinführung des neuen Präsidenten fand erst nach meiner Abreise statt. So habe ich leider keine dieser großen Feierlichkeiten im amerikanischen Stil erleben können.

Ankunft in St. Louis und erste Eindrücke von Grace Hill

Ich kam ziemlich spät abends in St. Louis an und wurde am Flughafen von einem Resident Ambassador namens Lawrence erwartet, der mich zum Haus der Eberles chauffierte und in den ersten Tagen mein 'Reiseleiter' beim „Center-seeing“ war. Resident Ambassadors sind ehrenamtliche MitarbeiterInnen von Grace Hill, die BesucherInnen durch die Zentren führen und ihnen deren Arbeitsweise erklären. Die Qualifikation für dieses Amt erwirbt man sich in einigen der vielen Kurse, die das Neighborhood College anbietet.

Am nächsten Tag zeigte mir Helen den Weg von ihrem Haus, wo ich in einer eige-

nen kleinen Wohnung untergebracht war, zur Geschäftsstelle der Grace Hill Neighborhood Services. Das waren etwa 10 Minuten Fußweg, wenn man nicht allzu schnell lief. Die Geschäftsstelle befindet sich in einer ehemaligen Kirche, die zum Verwaltungsgebäude umgebaut worden war und wo jede Menge Büros und die Computerzentrale untergebracht sind. Dort lernte ich meine Supervisorin Kathy kennen. Die Bezeichnung „Supervisorin“ hat allerdings nichts mit der bei uns bekannten Supervision zu tun. EinE SupervisorIn ist in Grace Hill jemand, der/die die Fachaufsicht über andere MitarbeiterInnen hat. So ziemlich jedeR ist dort einE SupervisorIn und hat aber auch eineN SupervisorIn. Das ist die gängige Organisationsstruktur.

Kathy besprach mit mir das Programm für meinen Aufenthalt und ich sollte mich entscheiden, in welchen Projekten bzw. Einrichtungen ich mitarbeiten wollte. Für diese Entscheidung bat ich um ein paar Tage Bedenkzeit, denn außer der Verwaltung hatte ich ja noch nichts von Grace Hill gesehen. Und ich wollte mir erstmal einen Eindruck vom wirklichen „Leben“ in den Zentren verschaffen. Nach drei Tagen hatte ich alle Zentren gesehen, die sich in St. Louis befinden.

Am Anfang der Reise durch die Einrichtungen habe ich noch versucht, Gemeinsamkeiten mit unseren Nachbarschaftshäusern zu finden. Diesen Versuch habe ich aber bald aufgegeben, weil es kaum Gemeinsamkeiten gibt. In den Einrichtungen von Grace Hill steht die Sozialarbeit absolut im Vordergrund und zwar nicht nur im Sinne von Beratungstätigkeit, sondern mit direkter

Hilfe zum Überleben. Was man sich in Deutschland eigentlich kaum vorstellen kann, nämlich daß jemand absolut nichts mehr zu essen hat und auch kein Geld, um sich etwas zu kaufen, ist dort alltäglich. Die Zentren haben die Möglichkeit, entweder selbst Lebensmittel oder Lebensmittelgutscheine zu verteilen oder „Überweisungen“ zu schreiben und die Hilfesuchenden damit an Einrichtungen zu verweisen, die eine Lebensmittelausgabestelle betreiben. Das geschieht mittels eines Formulars, das die Angaben zur Person inklusive Sozialversicherungsnummer (der wichtigste Identitätsnachweis in den USA) enthält, sowie die Adressen und Öffnungszeiten der nächstgelegenen Hilfsmöglichkeiten. Sogar den entsprechenden Ausschnitt aus dem Stadtplan spuckt der Computer aus.

Ähnliche Verfahren gibt es, wenn einE BewohnerIn oder eine Familie Miete, Energie oder Heizung nicht bezahlen kann. Bevor das Formular ausgefüllt wird, wird telefonisch erkundet, welche Institutionen noch Mittel zur Verfügung haben, um diese Kosten ggf. wenigstens anteilig zu übernehmen. Dann erhält die/der Hilfesuchende ihr/sein Referral und macht sich damit auf den Weg. Bei den o.g. Institutionen handelt es sich nicht nur um Zentren von Grace Hill, sondern auch um Einrichtungen anderer Organisationen. Die Zusammenarbeit untereinander funktioniert recht gut.

In welches Center ich auch kam, fast überall fanden gerade Kurse statt. Ansonsten herrschte relative Leere. Aber überall waren ehrenamtliche MitarbeiterInnen (Volunteers) zugange, die in den Kursen unter-



Zentrale der Grace Hill Neighborhood Services

Meine Supervisorin Kathy



richteten, Hilfesuchende berieten, Sachen für die MORE-Läden oder Lebensmittel sortierten, die Computer-Terminals des MORE-Systems bedienten, andere in die Bedienung einwiesen usw.

Das MORE-System

Nun stellt sich die Frage, was ist das MORE-System, was sind MORE-Läden? Letztere sind kleine, bescheidene Läden, in denen man gespendete Lebensmittel, Kleidung und Dinge für den täglichen Bedarf für MORE-TIME-DOLLAR (MTD) „kaufen“ kann.

MORE ist die Abkürzung für Member Organized Resource Exchange (von Mitgliedern organisierter Ressourcentausch, vergleichbar mit den Tauschringen in Deutschland, aber unwahrscheinlich gut und auf Computerbasis organisiert) und der MTD ist die entsprechende „Währung“. In den Läden kann also Ware mit Leistung bezahlt werden, d.h. für jedes erworbene Stück zahlt man einen MTD. Während beim Tausch von Leistung gegen Leistung durchaus Kredite gewährt werden, gibt es beim Einkauf in den Läden keine. Wer zuvor keine Leistung erbracht hat, kann dort auch nicht einkaufen. Das ist eine Maßnahme, um den Mißbrauch der Läden zu verhindern, mit dem bei der herrschenden Armut und Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß.

Das MORE-System ist das Kernstück der Grace Hill Neighborhood Services. Es ist ein System, das aus der Not heraus gewachsen ist und Stück für Stück erweitert und perfektioniert wird. Den Anstoß dafür lieferten die oftmals dramatischen Lebensumstände der Menschen, die von Arbeitslo-

sigkeit, Armut, Obdachlosigkeit und vielen anderen sozialen, gesundheitlichen und persönlichen Problemen gekennzeichnet sind. Es geht in erster Linie darum, den Menschen das Leben in ihrer jeweiligen Situation zu erleichtern und die Nachbarschaften, in denen sie wohnen, zu stärken. Und da Geld nicht, oder nur in geringem Umfang vorhanden ist, galt es, einen Weg zu finden, der ohne Geld funktioniert, es aber den Menschen trotzdem ermöglicht, sich etwas „leisten“ zu können, auch wenn es sich dabei oft „nur“ um alltägliche Dinge wie Unterstützung im Haushalt, Erledigen von Einkäufen, Babysitting usw. handelt, also Dinge, die gegen Bezahlung mit Geld für die meisten BewohnerInnen von Grace Hill unerschwinglich sind. Es gibt eine Liste von ca. 100 Leistungen, die in Anspruch genommen werden können.

Um am MORE-System teilnehmen zu können, muß man sich registrieren lassen. Dazu gibt es ein spezielles Formular, auf dem man angibt, welche Leistungen man wann und in welcher Region anbieten kann. Diese Informationen werden in den zentralen Computer eingegeben und sie sind dann an den Terminals in den einzelnen Zentren abrufbar. Für das „Verdienen“ von oder das „Bezahlen“ mit MORE-Time-Dollar gibt es wieder ein Formular (in dreifacher Ausfertigung). Die Anbieterin/der Anbieter gibt an, welche Leistung sie/er in welcher Zeit erbracht hat, d.h. wieviel MTD sie/er verdient hat, und die Empfängerin/der Empfänger bestätigt gleichzeitig, daß sie/er die Leistung in Anspruch genommen und wieviel MTD sie/er ausgegeben hat. Ein Exemplar des Formulars bleibt beim Anbieter, eins beim Empfänger und das dritte wird im Zentrum

abgegeben. Dort werden alle Daten im Computer erfaßt. Jedes Mitglied hat ein MTD-Konto mit Soll und Haben und erhält einmal im Monat einen Kontoauszug. Es gibt Mitglieder, die mehrere hundert MTD „verdient“ haben. Diese können, wenn sie sie nicht selbst nutzen können oder wollen, auch an Familienmitglieder übertragen werden, in einen Fonds für Menschen „eingezahlt“ werden, die hilfsbedürftig aber selbst nicht in der Lage sind, Leistungen zu erbringen. MTD können sogar vererbt werden.

Zum MORE-System gehört auch das Neighborhood College. Hier werden Kurse angeboten, in denen die TeilnehmerInnen befähigt werden, sich selbst und anderen zu helfen. Es gibt inzwischen fast 40 verschiedene Kurse mit den unterschiedlichsten Inhalten. Das Spektrum reicht von Gesundheitsförderung über Kindererziehung, Wohnungsrenovierung und -instandhaltung, Streßmanagement, Schulung von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen für Beratungs-, Unterstützungs- und Vermittlungsarbeit im Stadtteil bis zur Ausbildung am Computer.

Was ich überall vermißt habe, waren regelmäßige kulturelle Angebote und Aktivitäten. Es gab also keine Seidenmal- oder Töpferkurse, weder Tanz- noch Theatergruppen. Kulturelle Veranstaltungen gibt es nur zwei oder dreimal im Jahr zu bestimmten Anlässen. Dann findet meist ein buntes Programm mit Musik, Gesang und Tombola statt, und natürlich sorgen die Zentren mit Unterstützung ihrer ehrenamtlichen MitarbeiterInnen auch für Speis' und Trank. Nachdem ich etwas mehr über die Lebenssituation der BewohnerInnen von Grace Hill erfahren hatte, habe ich verstanden, weshalb die Kultur nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die Menschen haben einfach zu viele existentielle Probleme, die gelöst werden müssen, folglich stehen kulturelle Bedürfnisse ganz hinten an.

Nach drei Tagen fand ich mich wieder bei Kathy ein, um nun konkrete Pläne für meine Arbeit zu machen. Mir wurde schnell klar, daß ich mich auf die Mitarbeit in Einrichtungen in der Nähe meiner Unterkunft beschränken mußte, denn der tägliche Weg zur Arbeit würde zum Problem werden. Das Transportsystem in St. Louis ist nicht besonders gut ausgebaut. Es fahren nur Busse, und wenn man Glück hat, findet man an den Haltestellen ein Schild, auf dem steht, wann und wohin sie fahren. Aber ob sie dann auch kommen, ist die Frage. Außerdem fahren sie teilweise nur im Stundenrhyth-

thmus. Es gibt auch eine Metro, die aber nicht, wie man vermuten würde, unterirdisch fährt, sondern oberirdisch. Und sie verkehrt nur auf einer Linie (zum Flughafen), deckt also nur einen sehr geringen Teil des Transportsystems ab. So verwundert es nicht, daß Unmassen von Autos auf den Straßen unterwegs sind. Der Zustand dieser Autos gerade in Grace Hill, ist oft erbarmungswürdig. Nur der Rost hält sie zusammen, aber sie fahren (noch), und das ist das wichtigste. Denn ohne Auto ist man, wie ich oft genug am eigenen Leibe verspürt habe, aufgeschmissen. Zum nächsten Supermarkt konnte ich nicht zu Fuß gehen, weil es viel zu weit war. Also brauchte ich immer jemanden, der mich zum Einkaufen fuhr. Es gibt zwar auch so eine Art Tante-Emma-Läden in der Umgebung, aber die laden nicht gerade zum Shopping ein. Die angebotenen Waren sind im Vorraum hinter Glas ausgestellt. Die Verkäuferin nimmt hinter Glas die Bestellung entgegen, man bezahlt und sie überreicht einem dann das Eingekaufte durch eine Klappe unter dem Ladentisch.

Aber zurück zu meiner Tätigkeit in Grace Hill. Die Einrichtungen, die mich eigentlich interessiert hätten, waren zu weit entfernt. Deshalb einigten wir uns darauf, daß ich bei STAEs, einem Betreuungsprogramm für SeniorInnen, arbeiten würde, welches im Seniorenwohnhaus Senior Commons neben der Grace-Hill-Geschäftsstelle angesiedelt ist. Und weil mich auch die Arbeitsweise des Neighborhood Colleges neugierig gemacht hatte, wollte ich gern an einem Kurs teilnehmen. Diese Kurse finden nicht zentral, sondern dezentral in den einzelnen Einrichtungen für die BewohnerInnen der jeweiligen Nachbarschaft statt. Wegen des Transportproblems mußten wir eine Einrichtung in der Nähe finden, in der auch gerade ein Kurs beginnen würde. Fündig wurden wir im Water-Tower-Center, das ca. 20 Minuten Fußweg entfernt war, und wo in der folgenden Woche eine 14tägige Outreach-Ausbildung beginnen sollte. Kathy schlug mir vor, meinen Arbeitstag zu splitten, vormittags am Kurs teilzunehmen und nachmittags bei STAEs mitzuarbeiten. Allerdings rieten mir die MitarbeiterInnen des Water-Tower-Centers davon ab, zu Fuß in ihre Einrichtung kommen zu wollen, die Gegend wäre zu gefährlich und sie würden mich lieber abholen.

Meine Arbeit bei STAEs

STAEs ist die Abkürzung für System To Assure Elderly Services, ein ehrenamtliches Dienstleistungssystem, das älteren Menschen

ermöglicht, unabhängig und gut betreut in ihren Wohnungen leben zu können, um einen Heimaufenthalt zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Dazu wurde ein System von Team Leaders und Team Members geschaffen. Die Team Leader sind (vor allem) ältere Menschen, die körperlich und geistig noch fit sind, und die in ihrer Freizeit alte, kranke und gebrechliche Menschen so unterstützen, daß ihnen ein relativ eigenständiges Leben in ihrer eigenen Wohnung und ihrem gewohnten Lebensumfeld ermöglicht wird. Die Team Members sind diejenigen, die Hilfe benötigen. Jeder Team Leader betreut meist mehrere Team Members. Die Betreuungsformen sind vielfältig, z.B. Telefongespräche, Besuche, Hilfe bei Behördenangelegenheiten, Hilfe im Haushalt, Fahrdienste, Erledigen von Einkäufen, Essenkochen, Spaziergänge, aber auch Pflegeleistungen wie Waschen, Anziehen usw. Für alle diese Tätigkeiten werden die Team Leader am Neighborhood College geschult. Es gibt auch regelmäßige Treffen der Team Leader, wo sie über aktuelle Programme von Grace Hill z.B. im Gesundheitsbereich informiert und anderweitig fortgebildet werden. Während meines Aufenthaltes ging es gerade darum, ältere Frauen zu überzeugen, sich einer Mamographie und einer gynäkologischen Untersuchung zu unterziehen, da gerade in dieser Bevölkerungsgruppe eine hohe Krebsrate zu verzeichnen ist. Das STAEs-Programm wird von zwei hauptamtlichen Mitarbeiterinnen koordiniert, mit denen ich zusammenarbeitete.

Meine erste Aufgabe war, eine Statistik der zahlenmäßigen Entwicklung von Team

Leaders und Team Members in den zehn Nachbarschaften von 1994 bis 1996 aufzustellen. So gab es z.B. 1996 je nach Größe der Nachbarschaft und Zeitdauer der Tätigkeit von STAEs im jeweiligen Gebiet zwischen 7 und 70 Team Leader und zwischen 50 und 283 Team Members. 1996 gab es insgesamt 289 Leader und 1116 Members. Da alle Aktivitäten auf ehrenamtlicher Basis und größtenteils mit SeniorInnen ablaufen, ist es ziemlich schwierig, z.B. regionale Zusammenkünfte der Team Leader zu organisieren. So ist es z.B. passiert, daß zu einem angesetzten Termin niemand erschien, weil an diesem Tag gerade die Rentenschecks ausgegeben wurden und die Leute lieber einkaufen gingen als den Termin wahrzunehmen. Also wurde ein neuer Termin angesetzt und um sicherzugehen, daß auch einige Leute kommen, wurden am Morgen alle nochmal zur Erinnerung angerufen.

Dann erhielt ich den Auftrag, eine Liste von ca. 250 Team Leaders zu checken, d.h. ich sollte alle anrufen und feststellen, ob Telefonnummer und Anschrift noch stimmten und ob sie noch Willens und in der Lage waren, weiterhin als Team Leader zu arbeiten, weil sie schon längere Zeit nicht mehr bei den regelmäßigen Treffen erschienen waren und auch sonst nichts von sich haben hören lassen. Sehr schnell stellte ich fest, daß diese Liste, sie stammte von 1995, überhaupt nicht mehr up to date war. Bei vielen Telefonnummern erzählte mir eine Stimme vom Band, daß die Rufnummer abgeschaltet sei oder die Person war unter der angewählten Nummer unbekannt oder die ehemaligen Team Leader brauchten jetzt



Meine Kolleginnen Mary (links) und Geraldine (rechts) vom STAEs-Programm

selbst Hilfe. Ich habe zwar alle Informationen gesammelt und aufgeschrieben, allerdings weiß ich nicht, ob jemand nach mir diesen Hinweisen nachgegangen ist.

Als nächstes stand das Older American Forum bevor, eine bunte Veranstaltung mit Musik, Tombola, einem Grußwort des Bürgermeisters und natürlich Essen und Trinken, die jedes Jahr im Mai, dem Monat der/des älteren BürgerIn, zur Ehrung der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von STAEs stattfindet. Dafür habe ich verschiedene Einladungen und das Programm gestaltet und an einem Vorbereitungstreffen mit ehrenamtlichen VertreterInnen der einzelnen Zentren teilgenommen. Das erwies sich als gut, denn in der letzten Woche vor dem großen Ereignis waren beide Mitarbeiterinnen krank und ich sollte das letzte Treffen leiten. Ich empfand das in mich gesetzte Vertrauen als große Ehre, was meine Supervisorin Kathy anders sah. Es wurde dann allerdings nur ein kleines Treffen mit drei Teilnehmerinnen. Ich arbeitete mit ihnen die Liste ab, die ich zuvor von einer Mitarbeiterin bekommen hatte. Das Ergebnis meiner Bemühungen konnte ich allerdings nicht mehr miterleben, weil die Veranstaltung erst zwei Tage nach meiner Abreise stattfand.

Was ich bei allen meinen Tätigkeiten beobachtet habe, waren die großen Unterschiede in der Arbeitsorganisation im Vergleich zu Deutschland. Da gab es z.B. in diesem Haus keinen Kopierer, für jede Kopie mußte ich und natürlich auch alle anderen ins Haupthaus marschieren. Naja, jeder Gang macht schlank. Glücklicherweise hatte mir Lawrence den Code für einen der Apparate gegeben, so mußte ich nicht immer jemand bitten, mir den Zugang zu ermöglichen. Auch farbiges Papier gab es nur auf Vorbestellung. Und es gab nur einen Computer für alle, die nicht ständig einen benötigten. So hatte ich manchmal stundenlang zu warten, bis ich auch mal an der Reihe war. Morgens war es fast unmöglich, am Computer zu arbeiten, weil alle Leute aus den verschiedenen Projekten, die sich noch im Gebäude befanden, erstmal ihre e-mails lesen und beantworten mußten. Am besten ließ es sich nach Feierabend arbeiten. Das habe ich manchmal gemacht, weil ich dann auch niemanden störte. Und meine beiden Kolleginnen haben sich gefreut, daß ich ihnen die Schreibarbeiten abgenommen habe. Schwierig gestaltete sich die Situation, wenn ich spezielle Dinge, wie Adressen o.ä., benötigte. Damit löste ich regelmäßig Suchaktionen aus. In den Büros

habe ich so gut wie keine Aktenordner gesehen. Alle Unterlagen werden als lose Blattsammlung in Foldern (Hefter, allerdings ohne Einheftvorrichtung, sondern mit zwei Einsteckfächern am unteren Rand) und Files (dünne Mappen) aufbewahrt. Darin etwas zu finden ist fast unmöglich, und es gelingt selbst versierten Leuten nicht immer. Ein Beispiel aus dem Water-Tower-Center: Ich sollte Einladungen an die Vorstandsmitglieder verschicken, aber selbst nach zweitägiger Suche konnten die Adressen nicht gefunden werden, so daß die Briefe nicht rausgehen konnten. Nun bin ich schon beim Water-Tower-Center angelangt.

Der Outreach-Kurs im Water-Tower-Center

Das Water-Tower-Center ist eine Einrichtung mit mehreren Projekten, z.B. die gesundheitliche Betreuung von Kindern aus sozial schwachen Familien, ein Programm zur Förderung des Stillens von Babies, das kurioserweise von einem Mann geleitet wird, ein Programm zur Vermittlung von Kenntnissen im Erziehungsbereich, ein Computertutorial des MORE-Systems und Kurse des Neighborhood Colleges.

Hier wollte ich am Outreach-Training teilnehmen. Das ist ein Kurs, der vom Neighborhood College angeboten wird und der Anfangs der Einstieg für alle weiteren Kurse war. Inzwischen ist es nicht mehr unbedingt notwendig, mit diesem Kurs zu beginnen. Das Training umfaßt 20 Stunden Unterricht (verteilt auf fünf Tage), dazwischen verteilt fünf weitere Tage Arbeit im Stadtteil. Am letzten Tag ist dann die Abschlußfeier, bei der die Teilnahmezertifikate überreicht werden. Und natürlich gibt es auch etwas zu Essen.

Ich durfte mich bereits an der Vorbereitung des Kurses beteiligen, denn schließlich, so die zuständige Supervisorin, sollte ich lernen, wie man so etwas macht. So bearbeitete ich das Programm eines vorangegangenen Kurses, indem ich bei den einzelnen Wochentagen das Datum änderte. Irgendwie hatte ich dabei den Eindruck, daß die einzigen Änderungen, die das Programm je erfahren hatte, die Datumsänderungen waren. Dieser Eindruck festigte sich auch im Verlauf des Kurses. (Im Nachhinein erfuhr ich, daß es eine Reihe von Veränderungen gegeben hatte, diese aber im Programm des Water-Tower-Centers nicht enthalten waren.) Außerdem bestückte ich die obligatorischen Folder mit den Unterlagen für die TeilnehmerInnen. Bei der ganzen Aktion kam ich mir

allerdings etwas veralbert vor, denn von den Vorbereitungen für einen Kurs hätte ich etwas anderes erwartet. Aber wahrscheinlich ist da meine von Deutschland geprägte Sichtweise der Dinge mit mir durchgegangen.

Gespannt harrete ich am ersten Trainingstag der Dinge, die da kommen sollten. Und natürlich kam alles ganz anders. Beginn sollte 9.00 Uhr sein. Die Kursleiterin (eine Mitarbeiterin des Water-Tower-Centers) war da, ich war da und eine weitere Teilnehmerin war auch schon da. Nach und nach trudelten noch ein paar Frauen ein, und mit ziemlicher Verspätung konnte es endlich losgehen. Schon nach kurzer Zeit begannen die Unterbrechungen. Das Zentrum hat nur zwei Mitarbeiterinnen, welche beide im Kurs waren (eine als Leiterin und eine als Teilnehmerin), aber es mußten natürlich auch Hilfesuchende betreut werden. Und dann wurde die Kursleiterin zu einem Notfall in ihrer Familie gerufen und sie übergab die Leitung an ihre teilnehmende Kollegin, die mit dieser Aufgabe völlig überfordert war. Mit verteilten Rollen wurden die in den Foldern vorhandenen Unterlagen vorgelesen und das war's.

Am nächsten Tag lief es dann besser. Weil unsere Kursleiterin noch nicht wieder da war, kam eine Referentin aus einer anderen Einrichtung, die allerdings nicht wußte, was am Vortag bereits besprochen worden war. Und auf jede Frage ihrerseits kam die Antwort: Das haben wir gestern schon gemacht. Das stimmte zwar, aber eben nicht ganz. Denn wir hatten alle Themen nur angerissen, es wurde nichts vertieft. Kurzentschlossen begann sie nochmal von vorn und diesmal war das Ergebnis (zumindest für mich) zufriedenstellend.

Die nächsten beiden Tage bestanden in Arbeit im Stadtteil, in der Nachbarschaft der TeilnehmerInnen. Sie sollten fünf TeilnehmerInnen für den nächsten Kurs und fünf Interessierte am STAEs-Programm finden und deren Adressen mitbringen. Das stand zwar so im Programm, aber offensichtlich hatte das niemand gelesen und gesagt hatte es auch niemand. Alle brachten nur Adressen für neue Outreach-SchülerInnen mit. In der folgenden Woche sollten zehn bedürftige Menschen und fünf potentielle TeilnehmerInnen an einer öffentlichen Veranstaltung gefunden werden, aber auch hier gab es wieder nur Adressen von neuen KursteilnehmerInnen. Allerdings schien dieses Ergebnis unsere Kursleiterin, die wieder anwesend war, nicht

zu stören. An den übrigen Unterrichtstagen wurden dann die im Programm aufgeführten Themen, wie das MORE-System, die Bedienung der entsprechenden Computer, der Überblick über die Angebote von Grace Hill usw., mit einer Geschwindigkeit abgearbeitet, die mich erstaunte. Was ich in diesem Kurs nicht erfahren habe war, was denn Outreach nun eigentlich bedeutet. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß der einzige Zweck dieses Kurses sein sollte, Leute für diverse Dinge zu rekrutieren. Konkrete Antworten auf meine diesbezüglichen Fragen, die ich mehreren Personen stellte, die es eigentlich hätten wissen müssen, habe ich nicht bekommen.

Dann war auch schon das Ende des Trainings erreicht und die Zertifikate wurden verteilt. Allerdings wurde genau geprüft, ob die TeilnehmerInnen auch 25 Formulare mit Adressen gesammelt hatten. Eine weitere Bedingung für den erfolgreichen Abschluß war, daß die TeilnehmerInnen in den zwei Wochen fünf MORE-Time-Dollar erarbeiten mußten. Hier gab es Probleme, denn einige hatten Leistungen für StadtteilbewohnerInnen erbracht, die nicht im MORE-System registriert waren und sich auch nicht registrieren lassen wollten. Da wurde auch mal ein Auge zugedrückt.

Was mich noch erstaunte war, daß Grace Hill, anstatt einen Teilnahmebeitrag für die Kurse zu erheben, den TeilnehmerInnen ein „Stipendium“ in Höhe von 35 \$ zahlt, wenn die o.g. Bedingungen erfüllt werden. Das ist gerade für die arbeitslosen oder sozialhilfebeziehenden StadtteilbewohnerInnen eine Möglichkeit, auf legalem Weg Geld zu verdienen, das auch nicht durch die Steuer geht. Es gibt beim Neighborhood College eine ganze Reihe von Kursen, bei denen die TeilnehmerInnen „Geld verdienen“ können. Sie können jeden Kurs auch so oft durchlaufen, wie sie möchten, allerdings gibt es das Geld nur einmal pro Kurs. Das wäre doch eine nachahmenswerte Sache für die Schulung von Ehrenamtlichen in Deutschland. Besonders engagierte Leute, die viele Kurse belegt haben, können sich auch als Resident Trainer qualifizieren. Das bedeutet, daß sie selbst Kurse leiten können und dafür auch Geld (200 \$) erhalten. Dieses Geld geht dann allerdings durch die Steuer bzw. wird auf Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe angerechnet.

Kleiner Exkurs zur Sozialhilfe

Bedürftige werden in der USA durch Lei-

stungen der Sozialhilfe (welfare) unterstützt. Allerdings nicht ausschließlich in Form von Geld, sondern z.B. auch durch Lebensmittelgutscheine. Was in den USA anders ist als in Deutschland: Es gibt keine ergänzende Sozialhilfe. Wer z.B. nur einen Halbtagsjob hat, damit aber selbst bei sparsamstem Wirtschaften nicht alle Kosten decken kann, bekommt keine weitere Unterstützung vom Staat. Hier springen dann die Wohlfahrtsorganisationen ein.

In diesem Jahr wurde eine Sozialhilfereform beschlossen, die vorsieht, daß alle Menschen im arbeitsfähigen Alter (mit Ausnahme von Behinderten) verpflichtet sind, sich Arbeit zu suchen. Wer keine findet, erhält nach drei Monaten keine staatlichen Hilfen mehr. Die Auswirkungen dieser Reform werden sich wahrscheinlich relativ schnell in wachsender Kriminalität manifestieren, denn wie sonst sollen die Menschen überleben, die oftmals seit Generationen nichts anderes kennengelernt haben, als von Sozialhilfe zu leben. Die Wohlfahrtsorganisationen können nicht in jedem Fall helfen. Und es gibt keinerlei flankierende Maßnahmen, die z.B. arbeitsentwöhnten Menschen beim Einstieg ins Berufsleben helfen.

Die letzte Woche in St. Louis

Inzwischen waren bereits drei Wochen meines Aufenthaltes in St. Louis vergangen. Und plötzlich bemerkte ich, daß ich außer über STAEs und das etwas unglücklich gelaufene Outreach-Training noch nicht allzu viel über die Grace Hill Neighborhood Services erfahren hatte. So bat ich meine Supervisorin Kathy, mir in der letzten Woche Zeit zu geben, mit den MitarbeiterInnen zu sprechen, die ich zwar fast täglich gesehen hatte, von denen ich aber nicht wußte, was sie konkret machen. Das war gar nicht so einfach, denn manchmal mußte ich die zuständigen SupervisorInnen bitten, Termine für mich zu vereinbaren, damit sich niemand übergangen fühlte. Eine Mitarbeiterin drückte mir einen (der wenigen vorhandenen) Ordner in die Hand, der Kurzbeschreibungen der gesamten Projekte von Grace Hill enthielt. Beim Lesen wurde mir der enorme Umfang der Tätigkeit von Grace Hill bewußt. Ich habe sie zwar nicht gezählt, aber es waren sicherlich 80 verschiedene Projekte. Davon waren einige ähnlich gelagert, vor allem im Gesundheitsbereich, wo, wie manchmal auch im sozialen Bereich, zwischen Angeboten für Männer und Frauen unterschieden wird, obwohl die Inhalte fast identisch sind.

Ich machte mich schlau in der Datenverwaltung des MORE-Systems und sprach mit der Mitarbeiterin von CO-CARE, einem Bildungsprogramm im Erziehungsbereich. Ich informierte mich über AmeriCorps, ein US-Programm bei dem Freiwillige ein oder zwei Jahre gemeinnützige Arbeit verrichten (konkretes Beispiel: Anlegen von Radwegen und Grünanlagen entlang des Mississippi) und sich damit ein Stipendium für ihre Ausbildung verdienen. Bei Grace Hill ist eine Agentur dieses Bundesprogrammes angesiedelt. Ich bekam Informationen über das Projekt zur Unterstützung von alleinerziehenden Frauen und Familien, die aus finanziellen Gründen obdachlos geworden sind, über den Wohnkomplex, den Grace Hill mit Bundesförderung verwaltet, über die Arbeit mit Männern, über die Arbeit mit schwangeren Teenagern, über Anti-Gewaltprojekte in verschiedenen Nachbarschaften, über die Förderung von Personen oder Familien, die Pflegekinder aus der Nachbarschaft aufnehmen oder Kinder adoptieren möchten (erstaunlicherweise können hier auch einzelne und ältere Personen Kinder adoptieren), über das Beschäftigungsförderzentrum, um nur einige zu nennen.

Erfahren habe ich auch, daß Grace Hill mit ca. 600 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber im Stadtteil ist. Dazu kommen noch etwa 80 ständig aktive Ehrenamtliche, wie z.B. mein Betreuer Lawrence. Für einige dieser Ehrenamtlichen besteht eine gute Chance, eine feste Stelle bei Grace Hill zu bekommen. Wichtig dafür ist nicht die entsprechende Ausbildung, die sowieso kaum vorhanden ist, sondern wichtig sind Kenntnisse, die sie sich bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit und über das Neighborhood College angeeignet haben.

Was habe ich sonst noch gemacht?

Natürlich habe ich nicht die gesamte Zeit mit Arbeiten verbracht. In der ersten Zeit kannte ich ja nur wenige Leute und habe viel gelesen. Mit Lesestoff wurde ich reichlich von allen Seiten eingedeckt. Und ich habe mehrere Folder mit Material über Grace Hill mit nach Deutschland gebracht.

Bei einem Gespräch mit dem Vorstand des Grace Hill Jones Training Centers wurde ich gefragt, ob ich nicht verschiedene Materialien ins Deutsche übersetzen könnte, damit auch Interessierte, die des Englischen nicht mächtig sind, etwas über Grace Hill lesen können. Ich sagte zu und fortan war das

Übersetzen meine Abendbeschäftigung. Allerdings traten dabei reichlich Fragen auf, bei denen mir auch das Wörterbuch nicht weiterhelfen konnte. Kathy vermittelte mich an die Direktorin für soziale Dienste, mit der ich diese Fragen klären konnte.

Ein bißchen Sightseeing durfte natürlich auch nicht fehlen. Karen, die Verantwortli-

che Haus gebaut haben und sich nun nicht mehr um ihr Eigentum in der Stadt kümmern, es auch nicht vermieten an Menschen, die keine Wohnung haben.

Was man in St. Louis z.B. fast nicht kann, ist spazieren gehen. Es gibt kaum Fußwege und das Laufen auf der Straße ist lebensgefährlich. Viele Gegenden laden

sen. Ich habe mich dann aber belehren lassen, daß die meisten ihren Lord eher als Rückenstärkung in ihrem Leben betrachten.

Die vier Wochen in St. Louis, die mir am Anfang doch recht lang erschienen, sind sehr schnell vergangen. Am letzten Abend gab der Vorstand des Grace Hill Jones Trainings Centers eine kleine Abschiedsparty für mich, zu der alle eingeladen waren, mit denen ich gearbeitet hatte. Alle wollten natürlich wissen, wie mir Grace Hill gefallen hatte und ob ich neue Erkenntnisse mit nach Deutschland nehmen würde. Es fiel mir schwer diese Fragen zu beantworten, denn ich mußte feststellen, daß die Zeit zu kurz war, um mir ein vollständiges Bild der Grace Hill Neighborhood Services zu machen. Ich hätte wirklich die drei Monate gebraucht, die vom Jones Trainings Center angeboten werden.

Zum Schluß

Dieser Bericht ist natürlich nicht vollständig. Viele Dinge konnte ich nur kurz anreißen und es gäbe noch eine Menge Interessantes zu berichten.

Wer mehr über Grace Hill wissen oder sich für einen Studienaufenthalt bewerben möchte, wende sich einfach an den



che für Öffentlichkeitsarbeit, zeigte mir an einigen Wochenenden die Stadt. Klar, daß ich den Mississippi sehen wollte, der in St. Louis allerdings noch nicht die Ausmaße hat, die man aus südlicheren Regionen kennt. Am Ufer des Flusses steht der Arch, ein riesiger etwa 200 m hoher Bogen aus Beton mit einer Aussichtsplattform, auf die man mit einer Art Lift hochfahren kann. Aber es war schon später Nachmittag, als wir dort ankamen, und es gab keine Karten mehr. So konnte ich St. Louis nicht aus schwindelnder Höhe betrachten. Der Arch ist allgegenwärtig in der Stadt. Man kann ihn von fast überall her sehen.

Erschreckend sind die großen Unterschiede in der Stadt. Da gibt es auf der einen Seite das Zentrum mit Hochhäusern aus viel Stahl und Glas, wo die Geschäftswelt angesiedelt ist und nur wenig Leute wohnen, und auf der anderen Seite die armen Viertel, wo die Menschen teilweise in einsturzgefährdeten Häusern leben. Gleichzeitig stehen sehr viele Häuser leer. Die Türen und Fenster sind vernagelt und Schilder verbieten das Herumlungern und das Betreten des Geländes. Diese Gebäude gehören oft Leuten, die sich außerhalb der Stadt ein

auch nicht gerade zu einem Spaziergang ein. Da ich ja in einem sehr armen Viertel gewohnt habe, wurde mir geraten, vorsichtig zu sein und vor allem abends das Haus nicht alleine zu verlassen. Allerdings bin ich nie in schwierige Situationen geraten, obwohl ich als eine der wenigen Weißen im Viertel schon aufgefallen bin. Aufgefallen bin ich auch im Gottesdienst einer baptistischen Kirche, zu dem mich eine Mitarbeiterin des Water-Tower-Centers eingeladen hat. Dort war ich die einzige Weiße und wurde gefragt, ob ich als Gast etwas sagen möchte. Das habe ich dann aber lieber doch nicht gemacht. Allerdings ist so ein Gottesdienst schon beeindruckend, vor allem der Gesang, der von Schlagzeug, E-Gitarre und Klavier begleitet wird und so ganz anders ist als in Deutschland. Die Kirche spielt für die Menschen in Grace Hill (und wahrscheinlich nicht nur da) eine wichtige Rolle. Sonntags geht (fast) jeder in seine Kirche. Es gibt sehr viele kleine Kirchen in St. Louis. The Lord (Gott) ist allgegenwärtig. Viele Menschen haben mir erzählt, daß Gott ihnen schon helfen werde, ihr Leben zu meistern. Anfangs glaubte ich, daß sie sich allein auf ihren Gott verlassen würden, um ihre Probleme nicht selbst lösen zu müs-

Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.,
Ost-West-Kontaktbüro (Gudrun Israel)
Axel-Springer-Str. 40/41,
10969 Berlin (Kreuzberg),
Tel.: 030/253 99 72,
Fax: 030/253 99 77,
e-mail: Gudrun@sozkult.de

Gudrun Israel, Jahrgang 1960,
Sprachmittlerin, Sozialarbeiterin,
seit 1992 Mitarbeiterin des Verbandes für
sozial-kulturelle Arbeit e.V. (Bundesverband)

DAS HERZ

Original von Karen Lucas, Überarbeitet von Grace Hill Sept. 1995, Übersetzung Gudrun Israel

VON GRACE HILL

Das Member Organized Resource Exchange-System MORE (von Mitgliedern organisiertes Ressourcenauschsystem) ist ein facettenreiches Netzwerk von BewohnerInnen verschiedener Stadtviertel. Die BewohnerInnen arbeiten über eine Vielzahl von Programminitiativen zusammen, die sowohl die Belange der Gemeinschaft als auch von Einzelpersonen umfassen. Über die Community Boards (Wohngebietsausschüsse) finden die Mitglieder die Bedürfnisse der Umgebung und von Einzelpersonen heraus. MORE-Mitglieder können sich auf verschiedene Weise einbringen, denn MORE ist kein starres, sondern ein wachsendes System, das sich mit den Mitgliedern und deren Interessen verändert oder entwickelt.

I. PHILOSOPHIE

Vieles von dem, was wir hier über MORE schreiben, zeigt den gegenwärtigen Stand und einiges wird sich auch mit der Zukunft beschäftigen. Wie jedes komplexe und dynamische System, dessen Bestandteile unterschiedlich stark beansprucht werden, verändert es sich mit der Zeit. MORE ist ein Prozeß, eine Herangehensweise an das Zusammenleben und keine starre Struktur. Es ist ein sich entwickelndes System, dessen Komponenten sich verändern so wie sich die Bedürfnisse, die Nutzung und die Unterstützung verändern.

In der Bevölkerung gibt es viele Wünsche, die darauf warten, erfüllt zu werden. Durch die Nutzung der Kenntnisse über vor Ort vorhandene Bedürfnisse und Produkte schafft MORE ein System von Verbindungen und Verteilung, um dem zu entsprechen und das Vakuum zu füllen, das von der Wirtschaft größtenteils ignoriert wird und auf das die meisten Träger sozialer Dienstleistungen nicht eingestellt sind. Zur Erleichterung dieses Verteilungssystems nutzen die BewohnerInnen eine computergestützte Datenbank, die Fähigkeiten, Ressourcen und Bedürfnisse enthält. Durch das MORE Time Dollar Exchange Programm MTDE (MORE-Zeit-Dollar-Tauschprogramm) liefert MORE auch die organisatorische Struktur, durch die die BewohnerInnen lernen, ihre Ressourcen zu tauschen und diesen Austausch aufrecht zu erhalten.

MORE entwickelt Wege zur direkten Versorgung einer Gemeinschaft mit Dienstleistungen und vermeidet praktisch, daß Dienstleistungen oder Dinge einfach nur weitergegeben werden, wodurch die Kluft zwischen den Gebenden und den Nehmenden vergrößert würde. Normalerweise sind Trä-

ger sozialer Dienstleistungen mit Menschen besetzt, die anderen Menschen Dienste anbieten. Professionelle MitarbeiterInnen von sozialen Diensten werden als VersorgerInnen bedürftiger KlientInnen betrachtet. MORE versucht, diese Kluft zu überwinden, in dem dieselben Menschen beide Rollen übernehmen, sowohl als AnbieterInnen als auch als NutzerInnen. Jede/r wird befähigt, das zu geben, was sie/er kann und zu bekommen, was andere geben können. Ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Hilfssystem fördert das Selbstwertgefühl und die wirkliche Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft. Die TeilnehmerInnen erreichen ein Gefühl von dauerhaftem Stolz auf die von ihnen erbrachten 5 Leistungen. Die Mitglieder können so direkt etwas für MitbürgerInnen leisten, mit denen sie sonst möglicherweise nie in Kontakt gekommen wären. Ein Mitglied hat MORE als eine „organisierte Möglichkeit zur weiteren Erweiterung der großen Familie“ beschrieben

„MORE stärkt die Nachbarschaften, in dem die Ressourcen genutzt werden, die sich in diesen Nachbarschaften befinden.“

MORE stärkt die Nachbarschaften, indem die Ressourcen genutzt werden, die sich in diesen Nachbarschaften befinden - die Menschen selbst. Ausgehend von der Überzeugung, daß jeder etwas anzubieten hat, stellt MORE Verbindungen zwischen den Bedürfnissen und den Fähigkeiten der Menschen in der Umgebung her. In den Wohnvierteln, in denen MORE aktiv ist, leben Menschen, die zwar nur wenig Geld dafür aber Zeit haben, als etwas, dessen Wert sie und andere oft nicht erkennen. Dazu kommt, daß viele BewohnerInnen Fähigkeiten haben, auf die sie in ihrer ver-

fügbaren Zeit zurückgreifen können. Jede/r BewohnerIn weiß, was notwendig ist, sie/er hat aber auch Energie und Wissen, um zur Entwicklung des Wohngebietes beizutragen. In dem er/sie die Bedürfnisse anderer befriedigt, kann sie/er sicher sein, daß auch die eigenen Bedürfnisse befriedigt werden. MORE ist die Organisation, die diese BewohnerInnen zusammenbringt.

II. NACHBARN MITEINANDER VERBINDEN

Neighborhood MORE Boards

Als ersten Schritt zur Herstellung eines Nachbarschaftssystems gibt es in jedem Wohnviertel eine Gruppe von BewohnerInnen, die ihr MORE-System überwachen. Diese Ausschüsse (MORE Boards) arbeiten darauf hin, Ziele zu beschreiben, um Probleme im Viertel zu lösen, indem sie spezifische Programme entwickeln, um die Bedürfnisse in den Wohnvierteln zu befriedigen. Dabei bietet das Neighborhood College (Nachbarschafts-College) Kurse für BewohnerInnen an, um deren Fähigkeiten, diese Verbindungen herzustellen, zu erweitern und einander gut zu unterstützen.

Communication Center Leaders (CCLs)

Die Mitglieder der MORE Boards erreichen ihr Wohngebiet über das Netzwerk der Communication Center Leaders (Leiter von Kommunikationszentren), die in der Umgebung wohnen, deren BewohnerInnen sie unterstützen. Diese CCLs bieten Krisenintervention für Menschen im Viertel an, die Hilfe in Notsituationen benötigen. Bei Härtefällen helfen die CCLs bei Lebensmittelengpässen, wenn Strom, Wasser oder Gas abgestellt werden oder bei drohender Obdachlosig-

keit. Die CCLs wissen, welche Ressourcen über die Nachbarschaft und deren Träger verfügbar sind, um Hilfe bei diesen Problemen zu leisten, und sie haben gelernt, die Menschen auch an andere Stellen zu verweisen.

Die CCLs stellen selbst Lebensmittel oder Lebensmittelgutscheine zur Verfügung. Sie können auch die Schreibearbeiten erledigen, um eine teilweise Übernahme von Energie- oder Mietkosten zu erreichen. Und wenn es nötig ist, können sie auch direkte Verbindungen zwischen den Bedürftigen und Hilfsquellen von außerhalb herstellen. Das MORE-Computersystem enthält z.B. eine Liste von Lebensmittelausgabestellen in der Umgebung mit deren Öffnungszeiten und entsprechenden Erfordernissen. Die CCLs können im Computer nachschauen und dann Empfehlungen für die beste Wahl in der entsprechenden Situation ausdrucken.

„...CCLs sind dann da, wenn Notfälle auftreten, auch abends und am Wochenende.“

CCLs bieten viele Vorteile. Sie leben direkt nebenan. Das heißt, sie sind dann erreichbar, wenn Notsituationen entstehen, auch abends und am Wochenende. Sie sind den Hilfesuchenden in der Gegend vom Sehen oder vom Namen her bekannt. Das führt zu einem guten Verhältnis und entsprechendem Verständnis für die Probleme, mit denen die Nachbarn zum CCL kommen.

Wer CCL werden möchte, belegt am Neighborhood College einen Kurs, um mit dieser Verantwortung umgehen zu lernen. Er wird darauf vorbereitet, effektive und einfühlsame Krisenintervention für Nachbarn in Notsituationen zu leisten.

STAEs (System To Assure Elderly Services)

Neben den Bedürfnissen eines Großteils der BewohnerInnen darf die kleinere Gruppe der älteren Menschen nicht vergessen werden. Das STAEs-Programm (System zur Sicherung von Diensten für ältere Menschen) hat sich als Antwort auf die Bedürfnisse der älteren Menschen in den MOREWohnvierteln entwickelt. MORE-Mitglieder haben erkannt, daß ältere Menschen über Lebenserfahrung und Freizeit verfügen, daß sie aber auch besondere Bedürfnisse haben. Einige sind körperlich fit und aktiv, während andere gebrechlich sind und ihre Wohnungen nicht mehr verlassen können. Ähnlich wie die CCLs versuchen die STAEs Leaders (STAEs-Gruppenleiter), die aktiveren älteren Menschen mit ihren Fähigkeiten und Energien mit denen zusammenzubringen, die gebrechlich sind, um so eine gegenseitige Beziehung aufzubauen.

Rüstige SeniorInnen telefonieren mit

ihren gebrechlichen AltersgenossInnen oder sie besuchen sie, um sicher zu gehen, daß es ihnen gesundheitlich gut geht, daß sie zu essen haben und daß ihre praktischen und emotionalen Bedürfnisse erfüllt werden. Die Dienste, die zu Hause geleistet werden, einschließlich Pflege- und Hausarbeiten, sind enorm wichtig für diese SeniorInnen. STAEs verhindert für viele BewohnerInnen von Grace Hill die Einweisung in Pflegeeinrichtungen bzw. schiebt diese auf. Das STAEs-Programm beinhaltet auch, daß ältere BürgerInnen, die wegen einer Krankheit oder Verletzung im Krankenhaus sind, eher entlassen werden können, weil jemand da ist, der sich um ihre Bedürfnisse, aber auch um ihre Wohnung und oft auch um Haustiere kümmert.

„Älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, mit anderen über die Vergangenheit zu sprechen, erneuert ihr Selbstwert- und Zugehörigkeitsgefühl.“

Vielen nimmt das STAEs-Freundschaftssystem die Angst und die Einsamkeit im Alter. Es gibt sowohl dem Gebenden als auch dem Nehmenden ein zusätzliches Gefühl von Würde und davon, einen wertvollen Platz in der Gemeinschaft einzunehmen. Die Lichtpunkte, die die STAEs-Besuche in den Tagesablauf unserer älteren MitbürgerInnen bringen, tragen bedeutend zu deren Wohlbefinden und damit auch zur Vollständigkeit der Umgebung, in der sie sich befinden, bei.

Die MORE Boards haben festgestellt, daß die älteren Menschen oftmals bei wohngebietsbezogenen Aktivitäten und Entscheidungen übersehen werden, und sie versuchen deshalb auch, Beziehungen zwischen älteren und jungen Menschen herzustellen. Wenn sie sich erstmal nähergekommen sind, teilen die älteren Menschen sehr gerne ihren jahrelangen Erfahrungsschatz mit ihnen. Älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, mit anderen über die Vergangenheit zu sprechen, erneuert ihr Selbstwert- und Zugehörigkeitsgefühl.

Die älteren Menschen wissen viel über die Geschichte ihrer Familien und ihrer Wohnviertel, Geschichten, die oftmals nicht festgehalten worden sind aufgrund der herrschenden Kulturtenenz, sich auf die Geschichte von Eliten zu konzentrieren. Sie können Geschichten erzählen, die lehrreich oder unterhaltsam sind. Um diesen reichen Erinnerungsschatz zu nutzen, hat Grace Hill das Eldertel-Programm entwickelt. Dabei werden ältere Menschen ermutigt, ihre Geschichten aus vergangenen Zeiten in kleinen Gruppen zu erzählen. Dies gibt dem ErzählerInnen die Aufregung, für eine gewisse Zeit im Scheinwerferlicht zu stehen und weckt bei den jüngeren ZuhörerInnen eine neue Wertschät-

zung dessen, was die Älteren erlebt haben. Solche organisierten Veranstaltungen tragen dazu bei, generationsübergreifende Beziehungen zu fördern und bei den jungen Menschen Stolz darauf zu erwecken, was von den älteren in ihrem Viertel erreicht worden ist. Die Herstellung von Verbindungen zwischen den älteren Menschen und den übrigen BewohnerInnen eines Stadtviertels ist für MORE ein weiteres Glied in der Kette von Bemühungen zur Entwicklung zusammenhängender und dynamischer Gemeinschaften.

Zugang zu Informationen

Mit Hilfe der MORE Boards, der CCLs und der STAEs Leader können die StadtteilbewohnerInnen ihren MitbewohnerInnen erfolgreiche Dienste leisten. Der nächste Schritt ist, einen wechselseitigen Fluß herzustellen. Das MORE Time Dollar Exchange System MTDE (MORE-ZeitDollarTauschsystem) ist eine weitere Verbindungslinie besonders zur Förderung des Austauschs unter NachbarInnen. Eine Grundvoraussetzung des Programms ist, daß der Zeiteinsatz der Mitglieder gleichwertig ist. So 'verdient' jedes Mitglied eine Time Dollar pro Stunde, wenn es Leistungen für eine/n Nachbarin erbringt, die/der ihm dafür wiederum einen Time Dollar 'bezahlt'.

Mit dem Wachstum des MTDE-Systems hat auch die Technologie für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen-Datenbanken und den monatlichen 'Kontoauszügen', die jede/r TeilnehmerIn erhält, Einzug gehalten. Durch die Nutzung von Computern sind zusätzliche Möglichkeiten entstanden, so daß die beteiligten Stadtviertel über Netzwerke zusammenarbeiten können. Damit wird die Basis dieses stadtteilorientierten Programms erweitert.

So hat die Technologie die Informationsbarriere durchbrochen, die üblicherweise Gebiete mit geringerem Einkommen von reichen trennt, in dem sie Ressourcen über Computernetzwerke zugänglich macht. Die MORE-Computerstationen bieten den TeilnehmerInnen des MTDE-Programms sowohl Zugang zur Datenbank mit den verfügbaren Mitgliederleistungen als auch zu den Datenbanken mit den Leistungen des Trägers und mit Stellenangeboten. Die Informationen über Trägerleistungen setzen sich zusammen aus Angeboten von privaten Organisationen wie Vereinen Kirchen usw. und den Ressourcen der Mitglieder. Die Stellenangebote kommen vom Ministerium für Arbeit und Industrie des Staates Missouri. Früher konnten die BürgerInnen diese Informationen nur über staatliche Einrichtungen erhalten. Jetzt gibt es sie direkt im Stadtteil. SeniorInnen nehmen über die Older Volunteer Service

Bank OVSB (Serviceeinrichtung für ältere Freiwillige) ebenfalls an einem staatlichen Programm teil, bei dem sie Zeitgutschriften erhalten, wenn sie pflegende Angehörige ihrer Altersgenossen entlasten. Diese Gutschriften können sie später für sich selbst oder ihre Familienangehörigen nutzen.

Wenn sich Gremien wie die MORE Boards, die CCLs, die STAEs Leader, das MTDE und die Technik gefestigt haben, können die Dienstleistungen leichter in die Stadtviertel fließen. Im MORE-System gibt es eine Reihe von Dienstleistungen.

III. LEISTUNGEN

Die StadtteilbewohnerInnen treffen sich in MORE-Guppen, wo sie Fragen und Probleme diskutieren, um sicher zu gehen, daß Ressourcen für MitbewohnerInnen in Krisensituationen, für Familien, die Hilfe und Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder benötigen, zur Verfügung stehen, daß Menschen ein Dach über dem Kopf haben, daß Erwachsene Arbeitserfahrungen sammeln und Arbeitsgelegenheiten erhalten können und daß alle das Recht auf ein gesundes frohes Leben haben. Dazu haben die MORE-Mitglieder ein Programm für fünf wichtige Leistungsgebiete entwickelt: Notsituationen, Familienstabilisierung, Wohnraum, Arbeit und Gesundheitsförderung.

1. NOTSITUATIONEN

Wie bereits erwähnt, spielen die CCLs eine entscheidende Rolle bei der Hilfe in Notsituationen. Sie sind so wichtig für die Umgebung, daß Polizei und Feuerwehr die betroffenen Menschen nach einem Diebstahl, Wohnungsbrand oder anderen Katastrophen, die nicht nur Hab und Gut, sondern auch die Kraft weiterzukämpfen vernichten, an diese verweisen.

Neben den CCLs gibt es über MORE auch MORE-Programme, Lebensmittelgutscheine und Versorgungsgüter für die BewohnerInnen. Dazu gehört auch, daß freiwillige StadtteilarbeiterInnen (outreach worker) für die jährliche Postaktion des United Way Holyday Büros mit dem Titel „Die 100 dringendsten Fälle“ über ihre NachbarInnen schreiben.

2. FAMILIENSTABILISIERUNG

Damit Stadtteile wachsen und gedeihen können, müssen ihre BewohnerInnen dazu beitragen, deren Stärke und Lebensfähigkeit wiederzuerlangen. Das erfordert starke, geeinte Familien. Dazu hat das MORE-Programm eine Reihe von Leistungen initiiert, um Unterstützung beim Erhalt des Familienverbandes zu leisten und die nötigen Kapazitäten zur Weiterentwicklung zu schaffen. Es wurden Familienräte (Family Councils) ge-

gründet, um die Bedürfnisse der Familien herauszufinden. Jeder dieser Family Councils benannte die spezifischen Fragen im jeweiligen Stadtteil, z.B. Kindesmißhandlung und -vernachlässigung, Teenagerschwangerschaften, Drogen und Gewaltdelikte. In den Räten werden neue Programme entwickelt, um auf diese Bedürfnisse reagieren zu können.

Hilfsmöglichkeiten für gefährdete Kinder (CO-CARE)

Das ist eine Unterstützungs- und Selbsthilfegruppe, die Eltern hilft, positive Erziehungsmethoden zu erlernen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, sie mit den Entwicklungsphasen ihrer Kinder bekanntzumachen, damit sie besser auf ihre Kinder eingehen können. Wer bei CO-CARE (Care Options for Children at Risk Everyday) mitarbeiten möchte, erhält entsprechende Kurse, die die InteressentInnen in die Lage versetzen, nachbarschaftsbezogene Hilfe bei der Kindererziehung zu leisten sowie Beratung für Eltern durchzuführen, die Schwierigkeiten haben, eine Beziehung zu ihren Kindern zu unterhalten. Dazu gehört auch das Eintreten für alle Kinder in der Nachbarschaft, und nicht nur für die eigenen, sowie deren Schutz und Sicherheit. Das ist eine besonders wichtige Hilfe für die vielen alleinerziehenden Eltern. Durch diese Verbindung erleiden die Eltern und deren Kinder weniger Angst und Streß, denn das Vertrauen und die Kommunikationsfähigkeit zwischen Eltern und Kindern wachsen.

Foster Care (Pflegekinder)

Wenn Kinderbetreuung für einen längeren Zeitraum benötigt wird, bietet MORE Pflegeschaffen innerhalb des Stadtteils an. In enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Familiendienste unterstützt MORE StadtteilbewohnerInnen beim Erwerb einer Pflegegenehmigung. Sie belegen Kurse und erhalten Hilfe z.B. für den Erwerb eines zusätzlichen Bettes, von Babyausstattung usw., die notwendig sind, um Pflegekinder aufzunehmen.

Mothers Asking Mothers (MAM)

Das Mothers Asking Mothers-Programm (Mütter fragen Mütter) wurde als Reaktion auf Teenagerschwangerschaften ins Leben gerufen, um erfahrene Mütter mit jungen Frauen zusammenzubringen, die zum ersten Mal schwanger sind. MAM unterstützt die Teenager während der Schwangerschaft und vor allem im ersten Jahr nach der Geburt, das eine besonders kritische Zeit von Streß und Frustration ist. Dank dieses Programms haben die jungen Mütter weniger Angst und freuen sich mehr auf die Geburt ihres ersten Kindes. Die jungen Mütter erhalten Hinweise zur Verhütung einer zweiten Schwanger-

schaft und für die Rückkehr zur Schule.

Front Porches

Das Front Porches-Programm (Vordereingänge) zielt auf die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen ab, die in Wohnungen leben, welche von Grace Hill mit Bundesförderung verwaltet werden. Die BewohnerInnen arbeiten gemeinsam daran, Drogen und Gewalt in ihrer Umgebung zu minimieren und die Sicherheit und Stabilität der Gegend zu erhöhen. Sie arbeiten dabei auch mit anderen familienunterstützenden Initiativen wie CO-CARE zusammen und fördern Mädchenklubs, um offene Gespräche über Teenagerschwangerschaften, Drogenmißbrauch und Kriminalität zu ermöglichen.

3. WOHNUNGEN

Die gemeinsame Linie, die sich durch alle Familieninitiativen zieht ist, daß die Menschen überhaupt in einem Stadtteil wohnen können. Wenn die Wohnung durch Armut gefährdet ist, hilft MORE, Übergangswohnraum für bis zu fünf kleine Familien, die durch finanzielle Schwierigkeiten obdachlos geworden sind, zur Verfügung zu stellen. Jede Familie muß sich selbst verpflegen und wöchentlich \$ 25 für Betriebskosten zahlen. Sie ist auch für die tägliche Reinigung der Wohnung und des Grundstücks verantwortlich. Die Familien können bis zu drei Monaten bleiben, wenn sie monatlich einen vereinbarten Anteil ihres Einkommens sparen, um dann wieder eine reguläre Wohnung beziehen zu können.

Neben diesem MORE-Haus (MORE home) gibt es noch das Familienzentrum (Family Center), das von Obdachlosigkeit bedrohten Müttern hilft, bei denen Drogenmißbrauch ein destabilisierender Faktor ist. Das Angebot gilt auch für schwangere Frauen und Mütter kurz nach der Geburt mit bis zu fünf Jahre alten Kindern. Sie müssen an einem intensiven Therapieprogramm teilnehmen. Die Kinder erhalten Gruppen- und Einzelberatung. Mütter und Kinder lernen auch etwas über Gesundheit, Gesundheitsförderung und Möglichkeiten zur Entwicklung von persönlichen und sozialen Fähigkeiten. Einzelfallhilfe bündelt alle Bedürfnisse und Dienste für eine umfassende und individuelle Planungs- und Leistungs koordinierung und -realisierung.

„Peer-Berater helfen, die unzähligen Probleme zu lösen, die mit der Sicherung und dem Wiedererlangen einer Wohnung verbunden sind.“

Zusätzlich zu diesen beiden Häusern helfen das MORE-System und Peer-Berater aus der Umgebung, die unzähligen Probleme

me zu lösen, die mit der Sicherung und dem Wiedererlangen einer Wohnung verbunden sind. Sie unterstützen Familien dabei, eine Wohnung zu finden, eine faire Miete auszuhandeln und Geld für Anzahlungen für Energie, Miete und Haushaltsgegenstände zu bekommen. Der wichtigste Aspekt ist, das Einkommen so einzuteilen, daß die monatlichen Ausgaben bestritten werden können.

4. BESCHÄFTIGUNG

Die Möglichkeit, eine Wohnung zu bekommen, hängt von der Einkommenssituation ab. Deshalb ist Arbeit ein wichtiger Aspekt des Servicesystems. Die Menschen erkennen, daß sie sich, um Arbeit zu finden, Arbeitsfertigkeiten aneignen und wissen müssen, wie sie eine Arbeitsstelle finden können. Durch dieses Grundbedürfnis sind das MORE Futures-Programm (MORE-Zukunftsprogramm) und das Business and Career Center (Beschäftigungs- und Berufsförderungszentrum) entstanden.

Das Futures-Programm, das vom Ministerium für soziale Dienste des Staates Missouri eingerichtet wurde, arbeitet in jedem Career Center. Die BewohnerInnen haben Zugang zu Lese- und Schreibkursen und allgemeinen Bildungsprogrammen, die einen dem regulären Schulabschluß äquivalenten Abschluß ermöglichen. Durch das Futures-Programm haben die BewohnerInnen die Möglichkeit, Arbeitserfahrungen zu sammeln. Dabei erhalten sie Unterstützung in Form von Kinderbetreuung und Rückenstärkung im Prozeß der Arbeitssuche. Sie lernen die Grundlagen für beruflichen Erfolg wie Pünktlichkeit, entsprechende Kleidung und Ausdrucksformen.

Das Business and Career Center bietet ähnliche Leistungen wie das Futures-Programm an, erweitert diese aber auf Fragen der Entwicklung des Berufslebens und kleiner Geschäftsbetriebe. Es stehen Aufnahme- und Vermittlungsleistungen für die Berufsentwicklung sowie Zugang zu umfassenden elektronischen Ressourcennetzwerken zur Verfügung. Weiterhin gibt es Möglichkeiten zum Erlernen von unternehmerischen Fähigkeiten, Netzwerkarbeit und Unterstützung für erfolgreiche privatwirtschaftliche Unternehmungen in den Stadtvierteln. Der Schlüssel zu all dem sind Informationen, finanzielle Mittel, staatliche Einrichtungen und Ausbildung.

Durch solche MORE-Programme wie Futures und Business and Career Center haben Menschen die Chance, Einkommen zu erzielen, von dem sie leben, aus der Sozialhilfe herausfinden und wieder einer Arbeit nachgehen können.

5. GESUNDHEITSFÖRDERUNG

MORE hat auch die Rolle erkannt, die eine gute Gesundheit für dauerhaften Optimismus und Hoffnung spielt. Hauptanliegen ist die Schaffung von Nachbarschaften mit einer gesunden Lebensführung. Diese kann dazu beitragen, Krankheiten vorzubeugen, die typisch sind in Gegenden mit niedrigem Einkommen, wie falsche Ernährung, Rauchen, Drogenmißbrauch usw... Da viele nicht oder extrem unterversichert sind, kann das Wissen über die Vermeidung von Risiken ein Gleichgewicht in ihr Leben bringen.

Die Programme werden von Wellness Councils (Gesundheitsräten) im Stadtteil ausgewählt, um damit für die jeweilige Gegend wichtige Probleme in Angriff zu nehmen. Die Themen reichen von körperlicher Fitneß über Ernährung bis zu Streßbewältigung und Umweltverbesserung. Es sind sowohl Gruppen zur Gewichtsreduzierung und Sportgruppen als auch Kurse zum Abgewöhnen des Rauchens und spezielle Programme für asthmakranke Kinder entstanden. In diesen Kursen lernen die NachbarInnen, daß ihre eigenen Anstrengungen viel zur Vorbeugung beitragen können.

IV. MORE NEIGHBORHOOD COLLEGE

Angefangen von den MORE Boards, über die CCLs, die STAEs Leader und das MTDE-System bis zu den Diensten in Notsituationen, Familienunterstützung, Wohnungen, Beschäftigung und Gesundheitsförderung - überall gilt: Nachbarn helfen Nachbarn. Um die StadtteilbewohnerInnen mit den Fähigkeiten auszustatten, solche Dienste zu leisten, wurde das Neighborhood College gebildet.

Das Neighborhood College ist der Mittelpunkt aller MORE-Programme. Es bietet alle Informationen, um CCL zu werden, STAEs Leader werden ausgebildet und neue Mitglieder bekommen das MTDE-Programm erklärt. Alle Familienstabilisierungsprogramme - von CO-CARE, Foster Care, MAM bis Front Porches - beginnen mit einem Kurs am Neighborhood College. Es bietet Ausbildung für BeraterInnen bei Wohnungsproblemen, Beschäftigungs-, Arbeitssuche- und Gesundheitsförderungskurse an.

„Das College bietet über 30 Kurse an, die den Menschen helfen, ihre grundlegenden Lebensfertigkeiten zu erkennen und zu verbessern, neue Fertigkeiten zu entwickeln und ein erfolgreiches Leben in ihrem Stadtteil zu fördern.“

Das College bietet über 30 Kurse an, die den Menschen helfen, ihre grundlegenden Lebensfertigkeiten zu erkennen und zu verbessern, neue Fertigkeiten zu entwickeln

und ein erfolgreiches Leben in ihrem Stadtteil zu fördern.

Aufgrund der schlechten finanziellen Situation der meisten BewohnerInnen dieser Stadtteile bietet das College, anstatt Geld zu verlangen, Stipendien für alle an, die regelmäßig am Unterricht teilnehmen und die Anforderungen erfüllen. MORE-Mitglieder haben selbst Leitungsfunktionen im College, sie entscheiden mit über die Art der Kurse, deren Inhalte und Anforderungen.

Einmalig ist auch, daß Kurse von StadtteilbewohnerInnen gegeben werden, die selbst genügend Kurse belegt haben, um andere zu unterrichten. Das erfüllt das Grundanliegen von MORE: Nachbarn helfen Nachbarn. MORE bietet den Rahmen, während die NachbarInnen den Fortschritt in ihren eigenen Stadtvierteln vorantreiben.

WOHIN ENTWICKELT SICH MORE?

MORE wird sicher in enger Verbindung mit den Bedürfnissen und Ansichten der StadtteilbewohnerInnen bleiben. Seine Entwicklung aus den Vierteln heraus, in denen es arbeitet, die systematische Organisation dieser Stadtviertel und seine Leitung durch die BewohnerInnen stellen das sicher. Auch wenn Programme, deren Ziele und Abläufe von außerhalb vorgegeben wurden, verschwinden, bleibt MORE dem Konzept der Selbstorganisation treu. Es spiegelt bewußt und selbstverständlich die veränderten Interessen der Menschen wider, denen es dient.

Wie MORE sich weiterentwickelt, wird in Gesprächen und Entscheidungen der Menschen festgelegt, die MORE sowohl organisieren als auch davon profitieren. Es sieht so aus, als ob die grundlegenden Probleme, von denen die Stadtviertel betroffen sind, deren Wurzel die Armut ist und die von der Konsumorientierung der herrschenden Kultur gekennzeichnet sind, bestehen bleiben. Das macht es wahrscheinlich, daß auch die gegenwärtigen Schwerpunkte vom MORE bestehen bleiben. Zur Erinnerung: Diese Schwerpunkte sind Zeit, Fertigkeiten und der Wunsch, daß die Mitglieder miteinander teilen. MORE wird wahrscheinlich die Career Center ausbauen, die den Menschen helfen, sich auf eine Beschäftigung vorzubereiten und eine zu finden. Es wird weiterhin Peer-BeraterInnen brauchen, die den Menschen bei Familien-, Haushalts- und persönlichen Problemen helfen. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten, die Zeit der BewohnerInnen für neue Tätigkeiten zu nutzen und es werden sich neue Wege in MORE entwickeln, um Nachbarschaften zu stärken, die BewohnerInnen selbstsicherer und das Zusammenleben reicher und erfüllender zu machen.

UNTERSTÜTZUNG DURCH INTERNATIONALE GRUPPE GEWÜNSCHT?

Projektpartner für freiwillige Arbeitseinsätze gesucht

Zwölf junge Menschen sind im brandenburgischen Berge zusammengekommen, um im dortigen Jugendhof drei Wochen lang Instandsetzungs- und Gartenarbeiten durchzuführen. Sie kommen aus Norwegen, Polen, Slowenien, Rußland, Irland, den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Arbeit informieren sie sich über Ausbildungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche und über die Zukunft des ökologischen Landbaus.

Der Verein „Alte Schule“ in Groß Thurow erhält internationale Unterstützung von Freiwilligen aus 13 Ländern. Sie errichten eine hölzerne Spielburg und andere Geräte auf dem Gelände der Begegnungsstätte. Neben der unentgeltlichen Arbeit informieren sich die Freiwilligen über Hintergründe der Brandanschläge in den nahegelegenen Städten Lübeck und Mölln und die rechtsradikalen Gewaltübergriffe auf ostdeutschen Campingplätzen. Dies geschieht in einem Studienteil, den das Projekt in Absprache mit zwei SCI-GruppenleiterInnen vorbereitet. Ihre praktischen und theoretischen Erfahrungen während des Workcamps - so heißt ein solcher internationaler Arbeitseinsatz - nehmen die TeilnehmerInnen mit nach Hause

Organisator dieser zwei- bis dreiwöchigen Freiwilligeneinsätze ist der Service Civil International (SCI). Mit seinen seit über 50 Jahren in der Bundesrepublik organisierten Workcamps will er sinnvolle Projekte in ihrer Arbeit unterstützen, zur internationalen Verständigung und zu einer lebenswerten Umwelt beitragen. Als pazifistische Organisation arbeitet er deshalb auch mit Projekten der Friedens- und Ökologiebewegung zusammen, organisiert Arbeitseinsätze in Behinderten- oder in Frauenprojekten. So halfen Freiwillige in Düsseldorf bei der Renaturierung eines Baches. Internationale Workcamps unterstützen in Solingen ein Ferienprogramm für Kinder und Jugendliche und betreuten im Friedensdorf Oberhausen kriegsverletzte Kinder.

Die Projekte nutzen nicht nur die praktische Arbeit der Freiwilligen, sondern auch Anwesenheit und Engagement der internationalen Gruppen, um für ihre Anliegen und Ziele zu werben.

Für 1998 sucht der SCI Partner für solche Workcamps. Die Idee für ein Arbeitsprojekt, das von engagierten Freiwilligen durchgeführt werden kann, ist die Basis ei-

ner Kooperation. Weitere Informationen über die Arbeit des SCI und die Organisation eines Workcamps:

Service Civil International
Monika Preuß
Blücherstraße 14, 53115 Bonn
Tel.: 0228/212086-7
Fax: 0228/264234

Bonn, 04.11.1997

*Wenn die Wellen
über mir zusam-
menschlagen,
tauche ich hinab,
um Perlen zu
finden.*

Mascha Kaléko

GEMEINWESENPROJEKTE UND NACHBARSCHAFTS- ZENTREN IN FINANZNOT

**Nachbarschaftszentren erfüllen
in Berlin eine wichtige
sozialpolitische Funktion.
Sie sind ihr Geld wert. -**

von Gabriele Bingel

**Ein Plädoyer für die Stärkung
der Projekte in Zeiten knapper
werdender Mittel.**

Den Nachbarschaftsheimen in Berlin sind in diesem Jahr wie allen sozialen Projekten Gelder gekürzt worden. Der Blick in die Zukunft ist düster: Von Jahr zu Jahr muß neu um Gelder gekämpft werden. Abgesehen von Kosten für Personal und Miete und geringen Sachkostenzuwendungen müssen die Projekte selber sehen, wie sie mit den geringen Mitteln sinnvolle Arbeit leisten können.

Nun soll es einen auf 5 Jahre angelegten Zuwendungsvertrag der Dachverbände für Selbsthilfe und sozial-kulturelle Arbeit in Berlin mit den zuständigen Senatsverwaltungen ("Schule, Jugend und Sport"/Gesundheit und Soziales") geben. Aber trotz des Vertrages bleibt die finanzielle Situation der Projekte höchst ungewiß.

Wirtschaftlich bzw. schuldenfrei zu arbeiten heißt für die Projekte sparen und nochmals sparen.

Effizienz und Qualität der Arbeit leiden aber, wenn ein großer Teil der Arbeitszeit wie in sozialen Projekten in Amerika schon lange gang und gäbe - für die Suche nach geeigneten Geldquellen, Sponsoring etc. verwendet werden muß. Die eigentliche Sozialarbeit leidet auch, wenn Honorarkräfte eingespart werden müssen, wenn Spiel- und Bastelmaterial für Kinder fehlt und per-

manent an Portokosten und sogar Telefoneneinheiten geknauert werden muß.

**Eine bürgernahe und bedarfsge-
rechte Nachbarschafts- oder Ge-
meinwesenarbeit in geeigneten
Räumen und mit qualifiziertem Per-
sonal kostet Geld, aber sie ist ihr
Geld wert.**

Nachbarschaftsprojekte arbeiten interdisziplinär und präventiv, sie vernetzen öffentliche und private Initiativen von Verbänden, freien Trägern und öffentlichen, bezirkseigenen Einrichtungen; sie befinden sich in großer Nähe zu den Menschen eines Stadtteils und können dementsprechend bedarfsgerecht auf die Probleme der BewohnerInnen eines Stadtteils antworten. Statt der Bedrohung ihrer Existenz im Zuge der sozialstaatlichen Krise wäre ihre Stärkung notwendig.

**Die Debatte über die Krise des
Sozialstaates befindet sich in einer
Sackgasse:**

Die einen behaupten, der Staat könne sich beruhigt und zumindest teilweise aus seiner Verantwortung zurückziehen, das Eigenengagement der Betroffenen werde dann automatisch reaktiviert und dadurch

langfristig die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt; die anderen sagen eine Entwicklung voraus, bei der auf steigende soziale Nöte mehr Kriminalität und letztendlich eine weitere Explosion staatlicher Ausgaben auf anderen Ebenen folge, z. B. auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.

Beliebt ist auch die Forderung nach einer Stärkung des sozialrechtlichen Subsidiaritätsprinzips, das zu den Grundbausteinen unseres Sozialstaates gehört. Soziale Aufgaben sollen von der kleinstmöglichen Einheit wahrgenommen werden, also möglichst kostengünstig von Privatmenschen, von Familien, Nachbarschaften, Vereinen, Verbänden, Kirchen und erst wenn trotzdem noch Not am Menschen ist, springt der Staat ein.



Demonstration gegen Kürzungen

Das Prinzip ist gut und sinnvoll. Gefragt werden muß nur, wie stark das Gewicht der Verantwortung in Richtung des Individuums und der kleinen Einheiten (wie der Familie) verschoben werden kann.

Andere gehen soweit zu sagen, daß in unserer "Individualisierungsgesellschaft" der Sozialstaat noch zusätzlich verhindere, daß das Individuum Gemeinschaftsbezüge aufbaut. In Not geraten suche es nicht unbürokratisch Unterstützung in der Umgebung, weil der Verlaß auf die staatliche Fürsorge bequemer ist.

Die Kommunitarier wollen das Verantwortungsgefühl der BürgerInnen für die Gemeinschaft gestärkt sehen; sie setzen auf eine Gesellschaft, deren Mitglieder Gemeinsinn haben, Partizipation und Verantwortungsgefühl praktizieren, weil sie sich gemeinsamen ethischen Werten verpflichtet fühlen. Sie stellen die Frage nach ethischer

Orientierung in einer von Unübersichtlichkeit und Vereinzelung geprägten pluralistischen, kapitalistischen Gesellschaft. Liberale vermuten hier eine Rückkehr zu konservativen Werten, eine Beschneidung individueller Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, sowie des Rechts auf Kritik und Selbstverwirklichung.

Für einen großen Teil der Menschen unserer Gesellschaft bedeutet erst die Grundlegung des Gemeinwesengedankens in der sozialen Gesetzgebung, die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur (dazu gehören öffentlich geförderte Verkehrsbetriebe genauso wie Kindergärten, Pflegeheime und Schulen),

daß individuelle Freiheit aufrechterhalten werden kann.

Ein Mensch, der über keinerlei finanzielle und materielle Ressourcen verfügt, der sich nicht bilden und fortbewegen kann, ist nicht frei.

Sorge zu tragen für das eigene Wohlergehen einerseits und das Wohl der Gemeinschaft andererseits ist kein Widerspruch, sondern bedingt sich gegenseitig. Die Erfahrungen der Fachkräfte zeigen, daß der Wunsch, sich selbst zu helfen und sich für die Gemeinschaft zu engagieren, existiert, ohne daß die Beteiligten die dazu gehörigen theoretischen Begriffe überhaupt kennen.

Menschen möchten sich selbst helfen, nur müssen sie dazu in die Lage versetzt werden und eine nutzbare Infrastruktur sowie von der Ge-

meinschaft bereitgestellte Ressourcen vorfinden. Eine Gruppe engagierter Mütter und Väter, die ihre Kinder gegenseitig betreuen wollen, benötigen dafür Räume und beratendes Fachpersonal.

Nachbarschafts- und Gemeinwesenprojekte können Verbindungen schaffen zwischen dem Individuum und der abstrakten Landes- oder Kommunalpolitik; sie arbeiten integrativ und interdisziplinär und haben damit der sektoral organisierten Sozialverwaltung einiges voraus; sie fördern die politische Partizipation, die Einmischung in kommunale Politikentscheidungen in Form von Bürgerinitiativen, aber sie bieten Menschen auch einfach Treffpunktgelegenheiten. In Deutschland und besonders flächendeckend in Berlin gibt es regionale gemeinwesenorientierte Institutionen schon lange, nur statt sie zu stärken, wird ihnen zur Zeit das Wasser abgegraben.

Eine gesicherte finanzielle Grundausstattung für die Nachbarschaftszentren in Berlin ist gut angelegtes Geld.

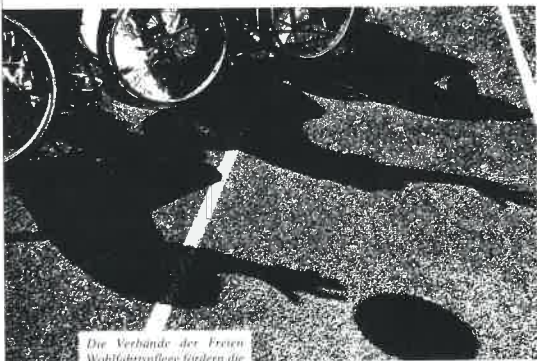
Die Zentren sind Orte, an denen sich bei einem Maximum an Selbstorganisation der BürgerInnen und einem Minimum staatlicher Versorgungshaltung das sozialstaatliche Tauziehen um Gelder und Debatten einvernehmlich lösen ließe.

Gemeinwesenverein Haselhorst e.V.
Burscheider Weg 21, 13599 Berlin,
Fon/Fax 030 - 3345151

**Ein Bote brach
die Beine sich.
Das kommt von
Laufen, sprach
der Fisch.**

aus:
Sprüche aus dem
Spruchsäckel.

Damit die Hilfe in Bewegung bleibt: GlücksSpirale.



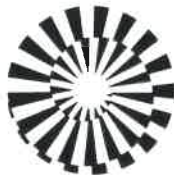
Die Verbände der Freien
Wohlfahrtspflege fördern die
Lebensqualität kranker und
behinderter Menschen. Die
Erlöse der GlücksSpirale hel-
fen dabei. Hilfe, die bewegt!

Lose nur bei Lotto!



**Unser
Programm**

Jedes Spiel kostet
10,00 Euro. Sofortlos
2,5 Millionen Mark
Spitzenquote
3 Millionen Mark
auf der Zielrunde



GlücksSpirale: ...was damit alles glücklich!

Der RUNDBRIEF erscheint
mit finanzieller Unterstützung
der „Glücksspirale“

